Erscheint wöchentlich Freitags. Zu beziehen nur durch die Post zum Preise von 1,20 Mk., fürs Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler- und Portefeuiller-Zeitung

Inserate kosten 30 Pfennig pro 3gespaltene Petitzeile. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 30 ∴ 28. Jahrgang | Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10b ∴ Telephon: Amt Moritzplatz, 2120 | Berlin, den 24. Juli 1914

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Der Verband der Sattler und Portefeuiller im Lichte der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1913. II. — Eindrücke aus England. II. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuiller- und Reiseartikelgewerbe. — Unfallgefahren und Unfallschutz in der Holzindustrie. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. — Klassenkampf. — Neutralität der gelben Gewerkschaften. — Hassen und lieben. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Genossenschaftliches. — Rechtsprechung. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 26. Juli bis 1. August ist der 31. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen, auch dann, wenn es sich um eine Anzeige in unserer Zeitung handelt.

Aachen. Die hiesigen Treibriemenarbeiter stehen im Streik. Zuzug fernhalten.

Berlin. Die Kofferfabriken Zimmermann u. Maerten, Berlin, Engelufer 1 b, und Rudolf Zimmermann in Werder a. H. sind für alle Kofferarbeiter gesperrt.

Breslau. Der Kampf in den Linke-Hofmann-Werken ist beendigt. Die Einstellung unserer Kollegen erfolgt erst nach und nach.

Stuttgart. Die Arbeiter der Automobilfabriken Reutter in Stuttgart und Auer in Cannstatt befinden sich im Ausstand. Zuzug von Sattlern ist streng fernzuhalten.

München. Hier streiken die Wagensattler. Zuzug streng fernhalten.

Essen a. R. Die Arbeiter der Wagenfabrik Wehling stehen in einer Lohnbewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten!

Zwickau. Die Arbeiter der Lederwarenfabrik F. H. Kramer stehen in einer Lohnbewegung. Zuzug von Portefeuillern ist streng fernzuhalten.

Halle a. S. Sämtliche Arbeiter der Firma Kathe sind ausgesperrt. Autosattler haben den Betrieb streng zu meiden.

Mainz. In der Militäreffektenfabrik von Kinkel bestehen Differenzen.

Der Verband der Sattler und Portefeuiller im Lichte der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1913.

II.

Unser Artikel über diese Materie vom Jahre 1912 schloß mit dem Wunsche, daß unser Streben darauf gerichtet sein müsse, unsere nach vorn drängende Position auch in der Zukunft zu bewahren. Vergleichen wir die Ergebnisse des letzten Jahres mit denen von früher, so ergibt sich zweifelsohne, daß wir in manchen Punkten stabil geblieben sind. Namentlich in der Gegenleistung den Mitgliedern gegenüber, das heißt im Bezuge von Unterstützung, stehen wir in den vordersten Reihen.

Sofern die Einnahmen unserer Organisation in Frage kommen, sind die Verbandsbeiträge um 5 Pf. höher gegenüber 1911. Dieses verändert unsere Stellung in den deutschen Gewerkschaften keineswegs, denn auch in anderen Organisationen ist es auf diesem Gebiete vorwärts gegangen, und zwar mehr als bei uns. Wir stehen mit unseren Einnahmen an Verbandsbeiträgen an 24. Stelle. Dagegen mit den Einnahmen an Lokalkassenbeiträgen an 16. Stelle. Wir verwiesen bereits 1912 darauf, daß unsere Stellung in dem Unterschied zwischen Lokal- und Verbandsbeitrag nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, denn damals standen wir mit dem Verbandsbeitrag in normaler Stellung, dagegen mit der Höhe der Einnahmen aus lokalen Beiträgen an 11. Stelle. Hätte zum Beispiel Berlin nicht von einer Beitragserhöhung abgesehen, so wäre mehr als sicher, daß wir auch heute noch mit den Lokalbeiträgen in der vordersten Position ständen.

Noch folgende interessante Zahlen lassen sich in bezug auf die Lokalkassen in den deutschen Gewerkschaften feststellen. Während 1911 65 Prozent der in den Verbänden organisierten Mitglieder auch lokale Beiträge zahlten, weist das Jahr 1913 bereits 80 Proz. nach. Damals zahlten in unserem Verbande 72,2 Proz. Lokalbeiträge, jetzt 86,7 Proz. der Mitglieder, trotz der Erhöhung des Verbandsbeitrages. Die bei uns den Lokalkassen angehörenden Mitglieder zahlten pro Kopf 5,11 Mk. gegen 6,40 Mk. im Jahre 1911, trotz alledem überschreitet die Kopfleistung unserer Mitglieder die allgemeinen Durchschnittsziffern, denn in den Lokalkassen sämtlicher Organisationen zahlten die Mitglieder 4,76 Mk. pro Kopf. Mit der Kopfleistung unserer Mitglieder in den Lokalkassen steht unser Verband an 13. Stelle, ein Beweis, daß auf diesem Gebiete unsere Mitglieder opferwillig sind.

Wer diese Untersuchungen mit dem nötigen Ernst und der gebührenden Sachkenntnis verfolgt, wird den Vorwurf statistischer Spielerei nicht erheben können. Insbesondere sind die Zahlen der Lokalkassen für uns von Bedeutung. Gerade durch diese hohen Leistungen sind unsere Gesamteinnahmen, in denen wir in den absoluten Ziffern an der 26. Stelle stehen, als normal zu bezeichnen, sonst würden wir sicher auf einer niedrigeren Stufe stehen.

Art der Vergleiche	Ueberhaupt Mk.	aber an Stelle	Pro Kopf Mk.	aber an Stelle
Einnahmen.				
Eintrittsgelder	1 588	29	—	
Verbandsbeiträge	357 588	24	28,41	19
Lokalbeiträge	66 074	16		
Gesamt-Jahreseinnahme	454 588	26	30,49	18
Ausgaben.				
Agitation	25 362	20	1,70	13
Bildungszwecke	28 663	24	1,92	13
Verwalt. d. Hauptkasse (sächl.)	5 766	28	0,38	24
(persönl.)	8 016	34	0,54	36
Oertliche Verwaltung	48 425	27	3,25	29
Reiseunterstützung	6 641	21	0,44	16
Arbeitslosenunterstützung	77 746	19	5,22	16
Krankenunterstützung	62 373	24	4,15	21
Beerdigungsbeihilfe	5 630	23	0,38	23
Umzugsunterstützung	2 642	20	0,18	21
Streikunterstützung	39 658	27	2,66	28
Gemaßregeltenunterstützung	4 199	22	0,28	14
Gesamt-Jahresausgabe	350 064	27	23,48	30
Vermögen.				
Gesamtvermögen d. Verbandes	661 283	17	44,35	8
Vermögen der Hauptkasse	456 062	17	31,38	7

Für die Entwickelung der Beitragsfrage sind nachfolgende Ziffern von Bedeutung.

Wochenbeitrag in Höhe	bezahlten Mitglieder Mk.	1913 in Proz.	1912 in Proz.	1911 in Proz.
Bis 20 Pf.	48 617	1,90	1,15	2,13
21—30 „	201 949	7,92	7,63	7,53
31—40 „	224 339	8,81	11,45	12,14
41—50 „	760 727	29,85	34,11	32,28
51—60 „	476 099	18,69	16,55	16,73
über 60 „	837 032	32,83	29,11	29,19

Wer an der Hand des „Correspondenzblattes" der Generalkommission diese Ziffern noch weiter verfolgt, wird unbedingt eine rapide Entwickelung zu den höheren Beitragsklassen feststellen. Wenn nun in den ganz niedrigsten Beitragsklassen noch eine Erhöhung für das letzte Jahr vorliegt, so nur aus dem Grunde, weil verschiedene Organisationen neue Jugendbeiträge eingeführt haben, andererseits aber auch die Agitation unter den Frauen Fortschritte gemacht hat. Wir sind nicht in der Lage, die vielen Beschlüsse der diesjährigen Generalversammlungen hierbei berücksichtigen zu können, erinnern aber nur daran, daß die große Transportarbeiterorganisation einen gewaltigen Ruck auf diesem Gebiete gemacht hat.

Wenn wir uns auch nur auf das zur Verfügung stehende Material stützen, so zahlen heute über die Hälfte der gesamten Mitglieder

in unseren Gewerkschaften mehr als 50 Pf. und ein volles Drittel mehr als 60 Pf. Sofern wir die weiblichen Mitglieder in dieser Aufstellung ausschalten, erhöhen sich diese Ziffern noch um einiges. Allgemein genommen, zahlen die weiblichen Mitglieder keine so hohen Beiträge und wird das Gros in den drei niedrigsten Klassen zu finden sein. Trotzdem sind die Ziffern in den Stufen bis zu 20, 30 und 40 Pf. so gering, insgesamt 18,63 Prozent aller organisierten Arbeiter, daß wir bei unseren geplanten Reformen unbedingt auf diese Erscheinung zurückkommen werden.

Unsere Ausführungen zu den Ausgaben können ziemlich kurz sein. Eine große Verschiebung gegenüber 1911 ist nicht eingetreten. Die Ausgaben für Agitation und Bildung sind etwas zurückgegangen, jedoch im selben Verhältnis wie bei den anderen Organisationen. Bei den Ausgaben für Verwaltung, namentlich aber in den persönlichen Ausgaben, steht unser Verband wie schon seit Jahren sehr zurück und weit hinter dem normalen Maß. Während wir mit den Einnahmen normal und teilweise noch günstiger rangieren, stehen wir mit diesen Dingen an 36. resp. 29. Stelle. Anders mit dem Unterstützungswesen. Wir wollen nicht bereits schon früher an dieser Stelle Gesagtes wiederholen und betonen nur das eine, daß unsere Mitglieder für verhältnismäßig niedrige Beiträge über das normale Maß hinausgehende Summen für Unterstützungen beziehen. Insbesondere ist unsere Stellung in der Gemaßregeltenunterstützung sehr auffallend und zahlen wir pro Kopf bedeutend mehr als die meisten übrigen Organisationen.

Für unsere Funktionäre und alle, die mit dem inneren Verbandsleben in enger Berührung stehen, sind die ermittelten Zahlen wertvoll. Sie zeigen mit einer seltenen Klarheit, daß unsere Organisation in ihrem statutarischen Aufbau mehr den Wünschen der Mitglieder Rechnung trägt, als es eigentlich sein dürfte. Das Soll und Haben ist trotz der Münchener Generalversammlung oder nur wegen dieses halben Beschlusses nicht in Einklang gebracht worden.

Abgesehen aber davon, marschiert unsere Organisation im Rahmen der deutschen Organisationen mit an vorderster Stelle; wollen wir dieses Tempo beibehalten, so müssen wir auch all den Reformen Rechnung tragen, von denen wir ein andermal sprechen werden. Erfüllt die Organisation in ihrem Können alle Pflichten der Allgemeinheit und den Mitgliedern gegenüber, so entstehen für die Mitglieder auch Gegenverpflichtungen, die nach unserer Meinung sicher eingelöst werden, zum Wohle des Ganzen.

Eindrücke aus England.

II.

Während abgesehen von den katholischen Gegenden die Religion keinen besonderen Einfluß auf die Arbeiterbewegung hat, ist dieser Einfluß in England ein starker und weitgehender. Ueberhaupt spielt die Religion in England eine andere Rolle als auf dem Kontinente. Der Grund kann nur darin liegen, daß in England ein jeder seine Religion nach eigenem Geschmack einrichten kann. England hat trotz seiner Staatskirche nicht das starre Religionssystem des Kontinents. In denjenigen Schulen, die nicht von Religionsgemeinschaften betrieben werden, wird meistens nur ein ganz allgemein gehaltener Religionsunterricht erteilt, dem die verschiedenen Religionssekten beiwohnen können, ohne in ihrem Empfinden verletzt zu werden. Es ist keine Zwangserziehung in religiös-preußischem Sinne, obgleich ab und zu von orthodoxen Geistlichen darauf hingearbeitet wird.

Die Prediger der freien Religionsgemeinschaften in England sind nicht dieses staatlich organisierte Offizierskorps zur Beschützung der staatlichen Einrichtungen wie in Deutschland, wo es sich von dem andern Offizierskorps nur dadurch unterscheidet, daß die Uniform schwarz ist, aber mit dem Volk nichts zu tun hat. Die englische Staatskirche hat mit dem Volke ebensowenig zu tun wie unsere protestantische Kirche in Deutschland, aber die zahlreichen Sekten sind in England weit verbreitet und haben auch unter der organisierten Arbeiterschaft viele Anhänger. Unter diesen Sekten gibt es viele mit engherzigen religiösen Anschauungen, aber andere haben eine Religion ohne Dogmen und ohne besondere kirchlichen Einrichtungen, vielfach nur eine Art Philosophie.

Bei der scharfen Konkurrenz unter den verschiedenen Religionsgesellschaften, denen der staatliche Antreiber fehlt, muß auf die Bedürfnisse der großen Masse Rücksicht genommen werden. Die Stellung des Geistlichen in England ist daher eine ganz andere als in Deutschland und er tritt öfters in einer Weise gegen die Regierung und die herrschenden Klassen, vor allem aber gegen die Unternehmer auf, die ihm in Deutschland den schlichten Abschied ohne Berechtigung zum Tragen der Uniform bringen würde.

Es ist schwer zu sagen, wie weit Gewohnheit und guter Ton und wie weit wirklich religiöses Bedürfnis in Frage kommt. Es ist zweifellos, daß Gewohnheit und guter Ton sehr stark mitwirken und daß in der Arbeiterschaft religiöse Betätigung vielfach eine Nachahmung der Sitten der oberen Klassen ist, die wie Bernard Shaw an einer Stelle sagt, „Gentleman" und „Christian" als zusammengehörig betrachten. An einer anderen Stelle macht Shaw einen lustigen Vergleich zwischen einem Konzert und dem Himmel, wobei man auch Himmel mit Kirche übersetzen mag: „Viele Leute sitzen da in der ewigen Seligkeit, nicht weil sie sich glücklich fühlen, sondern weil sie glauben, ihre Stellung verlange von ihnen im Himmel zu sein. Diese Leute sind fast alle Engländer."

Aber infolge der Erziehung, vielleicht weniger infolge Veranlagung ist auch ein Bedürfnis nach Religion vorhanden und es ist nicht richtig, wie es vielfach auf dem Kontinente geschieht, die englische religiöse Betätigung einfach als Heuchelei zu betrachten, obgleich Heuchelei zweifellos mit in Frage kommt. Wirtschaftliche Verhältnisse spielen auch mit; manche Religionsgemeinschaften sind reich und können viel für die ärmeren Gemeindemitglieder tun und man kann sagen, daß das frühere Fehlen der Arbeiterversicherung in England manche Leute in religiösen Vereinigungen festgehalten hat. Es ist unmöglich, über religiöse Auffassungen und Ansichten exakte Forderungen anzustellen; ich kann nur das eine sagen, daß ich unter englischen Arbeitern und unter Angehörigen anderer Klassen viele Leute gefunden habe, die im Interesse der Arbeiterschaft ohne Hintergedanken wirken und dabei von einer aufrichtigen Religiosität erfüllt sind. Auf meine Darlegung unseres Standpunktes zur Kirche wurde mir immer erwidert, man müsse zwischen Kirche und Religion als zwei grundverschiedenen Dingen unterscheiden, worauf ich nur antworten konnte, daß die deutschen Verhältnisse eine solche Unterscheidung unmöglich machen.

Ich habe die Verhältnisse nur in dem an besonders frommen Geruch stehenden Oxford und in Birmingham beobachten können und wage nicht zu generalisieren. Vielleicht trifft die Behauptung zu, daß der Einfluß der Religion im Rückgang begriffen ist. Der Gewerkschaftskongreß, der früher fast immer mit einer religiösen Ansprache bedacht wurde, verzichtet jetzt darauf. Aber vor mir liegen verschiedene Drucksachen, die eine ziemlich weitgehende Verbindung von Arbeiterbewegung und Religion beweisen. In Lincoln fand vom 3. bis 10. Mai dieses Jahres eine vom Gewerkschaftskartell veranstaltete „Arbeiter-Woche" zu Propagandazwecken statt, die in der berühmten Kathedrale durch eine Predigt des Dechanten eröffnet wurde. „Alle Gewerkschaften sind eingeladen, sich um 6,15 dort einzufinden", heißt es in den offiziellen Bekanntmachungen des Gewerkschaftskartells. Vom 1. bis 7. Mai wurde in Walworth bei London eine „Arbeiter-Woche" abgehalten; 8 Arbeiterabgeordnete, darunter einige mit bekannten Namen, hielten Reden über religiöse Fragen. Dasselbe geschah in früheren Jahren an derselben Stelle von anderen Arbeiterabgeordneten. Diese „Arbeiter-Wochen" scheinen vielfach üblich zu sein, ihre Richtlinien wurden vom Erzbischof von Canterbury und vom Bischof von London festgelegt. Es würde interessant sein, Auszüge aus den gehaltenen Reden zu geben, aber nur ein Satz von Tom Richardson: „Ich trete vor diese Versammlung, nicht nur als Gewerkschaftler, nicht nur als Abgeordneter und nicht nur als erklärter Sozialist, sondern auch als ein Bekenner des christlichen Glaubens, als einer, der alles Gute und alles was zum Inhalt des Lebens beigetragen hat, dem Christus des Neuen Testaments und seinen Lehren verdankt".

Und nicht nur an solchen besonderen Tagen steigen diese Arbeiterabgeordneten auf die religiöse Rednertribüne, um das in England nicht zutreffende Wort Kanzel zu vermeiden; viele, wie Arthur Henderson und Philipp Snowden reden fast alle Sonntage und es sind nicht allein die altmodischen Arbeiterführer, die in Kirchen sprechen und religiöse Vorträge halten, die Syndikalisten Tom Mann und Georg Landsbury tun dasselbe und sogar der wilde Jim Larkins schlägt in seinen Reden religiöse Töne an.

Wir brauchen uns also auf dem Kontinent nicht zu wundern, wenn wir unter Arbeiterdelegierten, die zu uns kommen, religiös gesinnte Leute finden, Leute, die es versuchen, um die Ausführungen von Richardson zu wiederholen, gleichzeitig gute Gewerkschaftler, Sozialisten und Christen zu sein.

Man kann eine Betrachtung über englische Arbeiterverhältnisse nicht schließen, ohne über den Sport zu reden. Der Sport beeinflußt das englische Leben in einem Maße, wie es nirgendwo anders der Fall ist. Auch anderswo wird Sport getrieben und die Arbeiterschaft hat einsehen gelernt, daß sportliche Betätigung gut und nützlich ist. Aber in England hat der Sport eine allzugroße Bedeutung. Nicht etwa in der Weise, wie wir uns das vielfach vorstellen, daß jedermann Sport treibt, sondern daß er sich für Sport interessiert oder doch so tut, als ob er sich dafür interessiert. Der Engländer und auch der englische Arbeiter liest zuerst die Sportnachrichten und dann erst die übrigen weniger bedeutenden Sachen, die in der Welt vorkommen. Er spricht in seinem Leben vielleicht über Sport ebensoviel, wie über alle anderen Sachen zusammen. Am 25. April fand in London ein Fußball-Entscheidungskampf um irgendeinen Ehrenpokal statt. Aus den spaltenlangen Berichten der Zeitungen über dieses wichtige Ereignis will ich nur eine Stelle wiedergeben:

„Nach einer oberflächlichen Schätzung sind über 100 000 Personen auf den verschiedenen Londoner Bahnhöfen eingetroffen; Euston-Station hatte im Laufe des Vormittags mehr als fünfzig Extrazüge, die Greath-Northern hatte zwischen 40 und 50. Am Freitagabend und Sonnabendmorgen ging es auf den Stationen des Burnleydistrikts sehr lebhaft zu, da mehr als 15 000 Enthusiasten nach London abzuführen. Dieser Exodus war um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß die Baumwollindustrie seit Monaten daniederliegt und die Wochenlöhne um 25 Proz. herabgegangen sind. Ueberraschend waren die Mittel, die angewandt wurden, um sich Geld zu verschaffen; die einen borgten Geld und die anderen versetzten Stücke der Wohnungseinrichtung, um nach dem Londoner Cristal-Palace hinfahren zu können."

Dieses etwas krankhafte Interesse für Sport ist ein großes Hindernis für die Arbeiterbewegung; besonders die jungen Leute beschäftigen sich zu wenig mit ernsten Sachen. Sie lesen wenig gute Bücher und von Zeitungen vor allem die Sportblätter. Dies trägt mit dazu bei, daß das englische Arbeiterpreßwesen so wenig entwickelt ist. Bis vor zwei Jahren gab es keine politische Tageszeitung, die den Standpunkt der Arbeiter vertrat, jetzt bestehen zwei, der Daily Citizen, der als das offizielle Organ der Arbeiterpartei gilt und der syndikalistisch gehaltene Daily Herald. Der Daily Herald ist ein kleines Blättchen, der Daily Citizen ist im Normalformat englischer Zeitungen, kann aber nur mit ganz großen Opfern erhalten werden.

Der Kontinentale kann nicht begreifen, daß die stark organisierte englische Arbeiterschaft nicht den Wert eines eigenen politischen Blattes einsieht und ein solches auch nach Kräften unterstützt. Das Interesse am Sport in zweifellos ein großes Hindernis für die Lebensfähigkeit von Arbeiterblättern. Dazu kommt das ja auch in den romanischen Ländern heimische System, nicht auf Blätter zu abonnieren, sondern sie auf der Straße zu kaufen.

Die englischen Gewerkschaftsblätter stehen auch nicht auf der Höhe der Zeit. Es gibt nur einige wenige, ich glaube drei, wöchentliche Gewerkschaftsblätter, die andern Organisationen begnügen sich, Monatsberichte oder sogar Quartalsberichte herauszugeben, die meistens nur solche Fragen behandeln, die in engem Zusammenhang mit der betreffenden Gewerkschaft stehen. Auch die Landeszentrale der englischen Gewerkschaften hatte bis vor kurzem nur einen Quartalsbericht; es ist schon als ein großer Fortschritt zu bezeichnen, daß sie jetzt neben dem mehr geschäftlichen Quartalsbericht ein Monatsblatt herausgibt, das zu allen öffentlichen Fragen Stellung nimmt und sich auch eingehend mit der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes beschäftigt. Dieses Blatt „Federationist" wird jedenfalls einen guten Einfluß auf die Weiterentwickelung der englischen Gewerkschaften ausüben.

Aber man betrachte den großen Unterschied zwischen England und Deutschland: In Deutschland ist der Arbeiter auf sein Parteiblatt abonniert und findet jeden Tag genau dasselbe Blatt in seinem Hause; in England kauft der Arbeiter vielleicht heute den Daily Citizen, aber morgen irgendein liberales oder konservatives Blatt, das gerade die besten Sportnachrichten hat. In Deutschland kommen jede Woche ungefähr zweiundeinehalbe Million Gewerkschaftsblätter unter die Arbeiter, während deren Verbreitung in England nur gering ist. Diesen Preßverhältnissen und der einheitlichen Richtung, die von Partei- und Gewerkschaftsblättern eingehalten wird, verdanken wir zu einem großen Teil die Geschlossenheit der deutschen Bewegung und auf die so grundverschiedenen Preßverhältnisse in England ist vielfach die nicht abzustreitende Zerfahrenheit in der englischen Bewegung zurückzuführen.

Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe.

Unter Vorsitz des Herrn Magistratsrats v. Schulz tagte am 14. Juli die Schlichtungskommission, um gegen die Tarifverstöße der Firma Martin Goldmann Stellung zu nehmen.

Als Beisitzer fungierten von den Arbeitgebern die Herren Birk und Große und als Vertreter der Fabrikantenvereinigung der Syndikus Herr Dr. Roehl. Von den Arbeitnehmern waren die Kollegen Hofmann und Langer als Beisitzer und der Kollege Hauptmann als Vertreter unserer Organisation erschienen. Die Angelegenheit, welche bereits am 9. Juni dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission unterbreitet wurde, konnte aus dem Grunde erst so spät ihre Erledigung finden, weil auf Wunsch der Arbeitgeber der erste Termin auf den 23. Juni festgesetzt war, dieser jedoch wieder vertagt wurde, weil der Vorstand der Fabrikantenvereinigung an einer Tagung in Leipzig teilnehmen mußte. Als nun der nächste Termin am 30. Juni stattfinden sollte, mußte auch dieser vertagt werden, weil von seiten des Vorstandes der Arbeitgeber kein Vertreter zur Stelle war.

Der Tatbestand, aus welchem sich die Sitzung notwendig machte, war, daß die Firma Goldmann das Bügelbeziehen sowie das Einbügeln von Seidentaschen außer dem Hause anfertigen ließ.

Da bei Einstellung des Heimarbeiters die Werkstattkollegen verkürzt arbeiten mußten, sogar einige ihre Entlassung bekamen, erblickten wir in der Handlungsweise der Firma einen Verstoß gegen § 6 Ziffer 6 unseres Vertrages. In der Zwischenzeit konnte noch weiter festgestellt werden, daß die Firma eine Hilfsarbeiterin, welche laut Tarifvertrag 17 Pf. pro Stunde zu erhalten hat, mit 15 Pf. pro Stunde entlohnt und weiter, daß den Werkstattkollegen, welche für die Anfertigung von einzelnen Sachen, 7–10 Stück, eine prozentuale Entschädigung von 10 Proz. bekommen mußten, diese Vergütung nicht mehr gezahlt wurde. Da wir auch mit diesem Vorgehen der Firma nicht einverstanden sein konnten, wurde im Laufe der Verhandlung die Klage dahin erweitert.

In der mündlichen Verhandlung stellte sich Herr Goldmann auf den Standpunkt, daß die Anfertigung von Seidentaschen außer dem Hause im Tarif nicht verboten sei, ergo wäre er im Recht, wenn dieselben außer dem Hause gemacht würden. Im übrigen sind die Lederarbeiter gar nicht in der Lage, derartige Taschen anfertigen zu können.

Als ihm darauf vom Vertreter unseres Verbandes erwidert wurde, daß der betreffende Heimarbeiter ein ausgesprochener Lederarbeiter sei, konnte Herr Goldmann nichts darauf erwidern.

Als weiter festgestellt werden konnte, daß die Firma in früheren Jahren sämtliche Brokattaschen in der Werkstatt einbügeln ließ und jetzt nur die Heimarbeit zur Preisdrückung gebrauchen will, indem den Werkstattarbeitern erklärt wurde, wenn sie die Taschen, für welche jetzt 1,50 Mk. gezahlt werden, für 1,20 Mk. einbügeln würden und wenn auch dieselben außer dem Hause gemacht würden, bezeichnete Herr Goldmann diese Angaben als Unwahrheiten, sogar als Lüge. Wegen des letzten Ausdrucks mußte sich der Herr eine Zurechtweisung durch den Vorsitzenden gefallen lassen. Bezüglich der Entlohnung der Hilfsarbeiterin erklärte Herr Goldmann, nicht unterrichtet zu sein. Auch betreffs der Entziehung der prozentualen Entschädigung wurde Unkenntnis vorgeschützt und müßte Herr Goldmann erst mit seinem Werkführer Rücksprache nehmen, welcher sich aber augenblicklich in Ferien befindet.

Nach unseren Feststellungen sind die Abzüge aber erst erfolgt, nachdem der Werkführer seine Ferien bereits angetreten hatte. Trotzdem weiß Herr Goldmann nicht, was mit den Lohnbüchern vorgenommen wird, welche er selbst auf die Richtigkeit der eingezeichneten Arbeitslöhne kontrolliert. Die Schlichtungskommission kam nach längerer Beratung zu folgendem Beschluß:

1. Das Beziehen der Bügel der Seidentaschen sowie deren Einbügeln ist Werkstattarbeit.

Nur wenn die Arbeitsplätze in der Werkstatt besetzt sind, können die vorerwähnten Arbeiten außer dem Hause hergestellt werden. (§ 6 Ziffer 6 des Tarifs.)

2. Die Verbände sind gehalten, gegen Betriebe, die der Ziffer 1 dieses Beschlusses zuwiderhandeln, vorzugehen.

Wegen des Klageantrages zu 2 (Lohndifferenz der Hilfsarbeiterin) stellen die Parteien außergerichtliche Einigung in Aussicht.

Den Klageantrag zu 3 (Preisaufbesserung) will Herr Goldmann nach Rückkehr seines zurzeit beurlaubten Meisters prüfen und ebenfalls außergerichtlich zu erledigen suchen.

Mit diesem Beschluß ist die Schlichtungskommission unserer Ansicht beigetreten, daß auch die Anfertigung der Seidentaschen unter den jetzt geltenden Tarifvertrag fällt.

Unfallgefahren und Unfallschutz in der Holzindustrie.

So betitelt sich die Wanderausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die anläßlich des Verbandstages vom 24. Mai bis zum 7. Juni im Dresdener Ausstellungspalast die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich lenkt. Schon oft ist in diesen Hallen die Tüchtigkeit und die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie bewundert worden, doch diesmal sind die Ausstellungsobjekte nur die Begleiterscheinungen der modernen Fabrikationsweise in der Holzindustrie, die auf den Fachmann, noch mehr aber auf den Laien einen gewaltigen Eindruck machen. Diese Ausstellung soll eine dringende Mahnung nach mehr Schutz gegen die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen an alle, die es angeht, sein.

„Im Namen der Hinterbliebenen unserer Berufskollegen, die die Maschinen erschlagen, der Tausende von Kollegen, denen sie ihre gesunden Glieder zermalmt, im Namen sämtlicher Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen, die tagtäglich den drohenden Gefahren entgegentreten müssen, erheben wir unsere Forderungen." Das ist das Leitmotiv der Ausstellung.

Diese Ausstellung verdankt ihre Entstehung einer im November 1911 in München stattgefundenen Konferenz der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Maschinenarbeiter, Schneidemüller und Säger. Aus allen Teilen Deutschlands waren Delegierte erschienen, um Maßnahmen zur Herbeiführung eines verstärkten Unfallschutzes an den Holzbearbeitungsmaschinen zu beraten. Einer Anregung entsprechend hatten die Delegierten zahlreiche Abbildungen von Verletzungen mitgebracht, die durch Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen verursacht waren. Viel Fleiß und Liebe zur Sache haben aus diesen kleinen Anfängen gemacht, was heute die Ausstellung der „klagenden Hände" dem Besucher bietet. Wie notwendig es ist, den gesetzgebenden Faktoren, den Aufsichtsbehörden und in erster Linie den Unternehmern das Gewissen zu schärfen, beweist die Unfallstatistik der deutschen Holzberufsgenossenschaften, die in dem Jahrzehnt 1901 bis 1910 182 929 Unfallverletzte und 1619 Getötete aufweist. Nach einer im Jahre 1904/05 aufgenommenen Statistik der Berliner Maschinenarbeiter sind sogar 57,24 Prozent der Beteiligten verunglückt. Danach hätte also jeder Maschinenarbeiter in einem Durchschnitt von nicht ganz zwei Jahren der Maschine seinen Tribut an gesunden Gliedmaßen zu opfern. Gewiß ist in den letzten Jahren infolge der unermüdlichen Propaganda des Holzarbeiterverbandes für den Unfallschutz schon vieles besser geworden, wieviel aber noch zu bessern ist, zeigt der Bericht der Norddeutschen Berufsgenossenschaft für das Holzgewerbe für das Jahr 1913, der das Ansteigen der Zahl der Unfälle von 16 071 im Jahre 1912 auf 16 185 für 1913 konstatiert und feststellt, daß die in 273 Fällen über Unternehmer verhängten Geldstrafen in Höhe von 10 245 Mk. keine Besserung herbeiführen konnten. Bei verschärfter Aufsicht und verbesserten Schutzvorrichtungen hätte die Unfallziffer nicht steigen dürfen.

Die große Zahl der Unfälle ist als eine Folge der geradezu sprunghaften technischen Entwickelung in der Holzindustrie anzusprechen. Die Verwendung der Maschine in der Holzbearbeitung ist in den letzten Jahrzehnten ins riesenhafte gestiegen. Noch bei der Gewerbezählung im Jahre 1875 wurden im ganzen Deutschen Reiche nur 1852 Holzbearbeitungsmaschinen gezählt. Die Betriebsstatistik vom Jahre 1907 dagegen ermittelte allein in den Betrieben der Tischlerei 489 Gattersägen, 31 174 Kreis-, Band- und andere Sägen, 18 776 Hobel-, 8382 Fräs-, 3338 Bohr-, 315 Kehl-, 1100 Stemm- und Zinkenschneidemaschinen, 111 Abputz-, 6061 Schleif- und Polier-, 138 Kopier- und 375 Schlitzmaschinen.

Ein unbedingtes Erfordernis aller Holzbearbeitungsmaschinen ist eine außerordentlich schnelle Rotation. Das Messer einer Hobelmaschine oder der Fräskopf einer Fräse haben 3000 bis 4000 Umdrehungen in der Minute zu machen. An diese mit rasender Geschwindigkeit sich bewegenden Instrumente hat der Arbeiter mit der Hand das Holz zu bringen. Eine schadhafte Stelle im Holz, ein Riß oder Ast — das Holz zerbricht und der Arbeiter kommt mit der Hand in die Maschine, oder Teile der Messer oder der Maschine springen ab und rasen durch den Maschinenraum, auch die Umgebung der Maschinen gefährdend. Der erfinderische Menschengeist hat herausgefunden, wie diesen großen Gefahren zu begegnen ist, hat die Möglichkeit geschaffen, sie zu beseitigen.

Wir finden denn auch in der Ausstellung eine Anzahl Modelle von Holzbearbeitungsmaschinen mit und ohne Schutzvorrichtungen. Man muß bei ihrem Anblick nur bedauern, daß die Unternehmer nicht gezwungen werden, diese oft sehr einfachen und höchst billigen Vorrichtungen an ihren Maschinen anzubringen. Ein einfacher Schutzring zur Fräsmaschine zeigt uns, wie es fast ausgeschlossen ist, daß die Gliedmaßen des Arbeiters durch die Messer verletzt werden können. Zwar hat auch eine Berufsgenossenschaft die Einführung einer verbesserten Maschine verlangt, nämlich die sogenannte runde Sicherheitswelle, durch die eine ganze Reihe von Unfallgefahren beseitigt wird; was will aber diese eine Ausnahme sagen. Eine andere innreiche Einrichtung ist die Rückschlagsicherung, die verhindert, daß das zurückschlagende Holz dem Arbeiter Schaden zufügt. Auf einem Bilde ist zu sehen, wie solch ein von der Kreissäge zurückgeschlagenes Stück Holz einem Arbeiter die Kinnlade vollständig zertrümmerte. Zerbrochene, zum Teil während der Arbeit herausgeschleuderte Hobelmesser, Fräsköpfe, Profileisen, Schlitzeisen, Kehleisen und Kronenfräser geben uns ein anschauliches Bild von der enormen Gefahr, in der sich der Arbeiter befindet, wenn Schutzvorrichtungen an der Maschine nicht vorhanden sind. Beschädigte Kreissägenblätter, oft durch die nichtigsten Ursachen zersprungen oder einzelne Stücke im Arbeitsprozeß herausschleudernd, lassen auch hier erkennen, daß durch Schutzvorrichtungen die Gefahr bedeutend herabgemindert werden kann.

Großes Interesse erwecken 14 Tafeln mit mehr als hundert Bildern von Arbeitsräumen in verschiedenen deutschen Holzbearbeitungsfabriken. Sie zeigen fast alle die größten Mängel, die Räume sind zu eng und zu klein, das Zu- und Abtragen der Arbeitsmittel in diesen durch das aufgestapelte Nutzholz noch mehr verengten Werkstätten vermehrt naturgemäß die Unfallgefahr. In verschiedenen dieser Betriebe muß sogar am Tage bei Licht gearbeitet werden. Dazu fehlt es meist an Zuführung frischer Luft. Wie ganz anders präsentieren sich dagegen einige allen Anforderungen gerecht werdenden und der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebe, nicht nur, daß Licht und Luft genügend vorhanden ist, auch in hygienischer Beziehung hat man der Arbeiterschaft Rechnung getragen. Geräumige Wasch- und Speisesäle zeigen, daß es möglich ist, daß auch für die Maschinenarbeiter menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden können, ohne daß der Profit des Unternehmers dabei verloren geht.

Wahrhaft erschütternd wirken die in der Ausstellung hängenden 20 Tafeln mit verletzten Händen. Vom abgeschnittenen einzelnen Fingergliede bis zum gräßlich anzusehenden Stumpf, an dem alle fünf Finger fehlen, sind hier die Bilder aneinander gereiht. Sie können in ihrer starken Anschaulichkeit nur von der Darstellung einer Abstimmung in einer Versammlung Berliner Maschinenarbeiter übertroffen werden, die weit mehr verstümmelte als gesunde Hände zeigt. Diese Menge „klagender Hände" ist wirklich die stärkste Anklage, die man sich denken kann, und es ist schwer zu begreifen, daß ein Unternehmer, der so etwas gesehen, nicht in aufwallender Menschlichkeit alles tun sollte, um solche Unfälle zu verhüten. Das Profitinteresse kann doch nicht alle menschlichen Gefühle töten.

Daß es möglich ist, auch hier Beispiele zu veranschaulichen, wo Arbeitern mit vollständig verstümmelten Händen die Rente von 25 Proz. auf 10 Proz. gekürzt oder überhaupt gar keine Rente gezahlt wird, ist beschämend für unsere ganze Arbeiterversicherung. Es ist überhaupt nicht möglich, das sich hier dem Besucher offenbarende Elend in seiner ganzen Größe zu schildern, daß es dabei noch Arbeiter geben soll, die sich nicht der Organisation anschließen, um mit für Menschenrecht und Menschenwürde zu kämpfen, will einem nicht einleuchten.

Weiter finden wir in der Ausstellung eine große Anzahl von Holz- und Holzstaubproben. Bekanntlich ist der bei der Bearbeitung des Holzes sich entwickelnde Staub für den Arbeiter sehr gefährlich. Er wirkt unsichtbar nicht weniger verheerend als die Messer der Maschinen. Sind doch verschiedene der oft zu bearbeitenden Hölzer, besonders ausländische, direkt giftig. Staubbrille und Staubrespiratoren, bis jetzt mit gutem Erfolg angewandt, zeigen, wie sich auch hier der Arbeiter vor der Einatmung des verheerenden Staubes schützen kann.

Auf mehreren Tafeln sind die an Holzbearbeitungsmaschinen hergestellten Erzeugnisse ausgelegt. Man muß als Laie die gewaltige technische Entwickelung bewundern, wenn man diese Gegenstände betrachtet. Nur wenigen besonders tüchtigen Arbeitern wäre es möglich, diese Arbeit in dieser tadellosen exakten Ausführung herzustellen, die hier die Maschine in staunend kurzer Zeit bewerkstelligt.

Eine Anzahl ausliegender Schriften machen den Besucher auf die Gefahren des Alkoholgenusses aufmerksam. Statistische Tafeln veranschaulichen in interessanter Weise, wie in Deutschland die Steuergelder Verwendung finden. Daß für militaristische Zwecke die doppelte Summe als wie für die Arbeiterversicherung ausgegeben wird, sei nur nebenbei bemerkt.

Ferner hat sich der Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes angelegen sein lassen, in übersichtlicher Weise die Entwickelung wie die Erfolge des Verbandes dem Besucher zu zeigen. Diese Zahlen beweisen, daß es wohl für keinen denkenden Arbeiter etwas anderes geben kann, als mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß auch der letzte Holzarbeiter sich seiner Organisation anschließt.

Alles in allem kann man diese Ausstellung als wohl gelungen bezeichnen. Wenn noch Jahren endlich die Gesetzgebung eingreifen sollte, und mehr wie bisher das Leben und die Gesundheit des Arbeiters schützen, dann darf mit Recht der Deutsche Holzarbeiterverband dieses als seinen Erfolg buchen.

G. E.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Die letzte Nummer des christlichen Zentralblatts enthält den Bericht des Kölner Generalsekretariats über den Stand der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. Wie die Gewerkvereine H.-D. und die freien Gewerkschaften, so sind auch die christlichen Organisationen im Berichtsjahre nicht von Mitgliederverlusten verschont geblieben. Der Bericht führt diese zunächst auf die gedrückte Wirtschaftslage zurück, dann aber macht er mehrere Spalten hindurch krampfhafte Versuche, zu beweisen, daß die Gesamthaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einer gesunden Entwickelung des Gewerkschaftsgedankens nicht förderlich gewesen sei. Die sozialdemokratische Bewegung habe die gegenwärtige sozialpolitische Reaktionsperiode auf dem Gewissen, hinzu komme ihre „negative parlamentarische Tätigkeit". Aber, Gott sei Dank, es zeige sich jüngst in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung das Bestreben, sich den bürgerlichen Sozialreformern zu nähern, um mit diesen gemeinschaftlich das nachzuholen, was mit der sozialdemokratischen Isolierpolitik bisher nicht erreicht werden konnte. Diese Schwenkung sei nichts weniger als eine umfassende, unumschränkte Anerkennung der Politik der christlichen Gewerkschaften!

„Was den christlichen Gewerkschaften bisher als Verrat an der Arbeiterklasse mit Schimpf und Verdächtigung zu verekeln gesucht wurde, erscheint jetzt auf einmal als der neue Weg, um der Arbeiterschaft zu praktischen, positiven Erfolgen zu verhelfen! Eine solche aus der unmittelbarsten Erfahrung geborene Anerkennung ist von der allergrößten Bedeutung und geeignet, die Position der christlichen Gewerkschaften für die Zukunft weiter zu festigen."

Wir sehen, für das Generalsekretariat gibt es keine Blüte, aus der es nicht Honig saugen kann. Nach ihm ist es ein Unglück, daß die sozialdemokratische Bewegung überhaupt existiert. Wäre sie nicht da, so könnte Adam Stegerwald das ganze Arbeitervolk unter dem christlichen Gewerkschaftsbanner sammeln, keinem Reaktionär würde es einfallen, störend in die Gewerkschaftsbewegung einzugreifen, und in den parlamentarischen Körperschaften wäre stets Hochkonjunktur für eine sozialpolitische Gesetzgebung. Heidi, wäre das ein Wonnezustand! So aber steht die Sozialdemokratie dieser paradiesischen Entwickelung im Wege. Sie, die nach der Ansicht des Leiters des christlichen Generalsekretariats, Adam Stegerwalds, nicht die geringste Existenzberechtigung hat, erlaubt sich, da zu sein und Millionen von Arbeitern als Anhänger zu haben. Der Sozialismus beging nach der Ansicht vieler Leute ein Verbrechen, als er die Arbeiterschaft aufrief, ihren inneren Wert in der Gesellschaft zu erkennen. Auf ihm lastet der Fluch, in der Brust des Jahrtausende hindurch geknechteten Arbeitssklaven die Menschenwürde erweckt und ihn zum Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung aufgerufen zu haben. Der Sozialismus hat die Arbeiterklasse mit den Lehren der Disziplin und Solidarität bekanntgemacht, hat sie mit Kampfesfreude erfüllt! Welche Infamie! Und ist es nicht unerhört, daß die freien Gewerkschaften so erfüllt und durchsetzt von sozialistischem Geist sind, daß sie in der ganzen Welt als die anerkannt mustergültigsten Arbeiterorganisationen dastehen, gehaßt und gefürchtet von allen Scharfmachern, Reaktionären und sonstigen Arbeiterfeinden. Warum haben die deutschen Arbeiter mit der Gründung von Organisationen nicht solange gewartet, bis die Stegerwald, Giesberts, Brust, Behrens und Konsorten auf der Bildfläche erschienen, warum fingen sie schon an, ihre Häupter zu erheben, als die Sturmtrompete des Kommunistischen Manifestes die Reveille blies! So etwas erscheint den erhabenen christlichen Gewerkschaftsführern verkehrt, das macht sie ganz paff! Für sie hat die Sozialdemokratie keinen größeren Fehler begangen, als den, überhaupt da zu sein. Existierte sie nicht, dann brauchten die Reaktionäre keine auf sie zugeschnittene Sammlungs- und Verfolgungspolitik zu treiben. Dies Urteil des christlichen Generalsekretariats im „Zentralblatt" wirkt nicht einmal bart, sondern nur erheiternd.

Wenn nun aber in dem Bericht weiter gesagt wird, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung so quasi den Bremsklotz der sozialpolitischen Gesetzgebung bildet, so trieft dieser Vorwurf von einer Heuchelei, die nicht zu überbieten ist. Die Sozialdemokratie stellt im Interesse der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten in den Parlamenten die berechtigtsten Forderungen, die bürgerlichen Parteien lehnen sie ab oder die Regierungen widersetzen sich ihnen — aber was liegt dem Berichterstatter im „Zentralblatt" näher, als diejenigen zu beschimpfen und zu verleumden, die diese Forderungen zugunsten der Arbeiter aufstellen! Es ist wenig christlich, die Sozialdemokratie für das verantwortlich zu machen, was ihre Gegner verschulden. Unvorsichtig aber ist es, daß in dem Jahresbericht auf die Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstage anläßlich der Beratungen der Reichsfinanzreform und der Reichsversicherungsordnung hingewiesen und sie als mustergültig hervorgehoben wird. Die Sozialdemokratie hat sich 1909 gegen die Steuerbedrückung der armen und ärmsten Arbeiter gewendet, hat die Interessen auch des letzten christlich-organisierten Arbeiters vertreten, während die christlichen Arbeiterabgeordneten den Volksbedrückern die Steigbügel gehalten haben. Genau so trieben diese es bei der Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung, wo die Sozialdemokraten gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten und ihre Helfershelfer sogar Forderungen verteidigen mußten, die von den christlichen Gewerkschaften und ihren Kongressen selbst vorher aufgestellt worden waren. Das kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Ob die Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen Geld gekostet hätte oder nicht, ob sie noch so bescheiden und berechtigt waren, sie wurden mit Hilfe christlicher Gewerkschaftsführer niedergetrampelt! Und die gleichen Leute stellen sich dann hin und erklären, die sozialdemokratische Partei habe eine negative Politik getrieben! So oft das christliche „Zentralblatt" diesen Vorwurf erhebt, muß es sich schon gefallen lassen, daß vernünftig denkende Leute diesen Vorwurf als gemeinen Schwindel tiefer hängen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer brauchen ja nicht christlich handeln zu lernen, sie sollten aber wenigstens soviel Grütze im Kopfe haben, um die Wirkung beurteilen zu können, die solche niederträchtigen und gemeinen, fortgesetzt wiederholten Beschuldigungen nach sich ziehen müssen. Diese Wirkung zeigt sich gewerkschaftlich — und darauf kommt es bei Beurteilung der Vorwürfe nicht wenig an — schon in dem beiderseitigen Stärkeverhältnis der christlichen und freien Gewerkschaften. Die erbärmliche Kampfesweise der christlichen Gewerkschaftsführer, ihr an Blödsinn grenzender Haß gegen die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter und gegen deren Organisationen ist eine der Hauptursachen, daß es trotz aller aufgewendeten Mühen mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts gehen will. Dafür zeugt ganz besonders der Arbeiterverrat des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter beim großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Das „Zentralblatt" bestätigt es, daß **die christliche Bergarbeiterorganisation in den Jahren 1912 und 1913 21 192 Mitglieder verloren hat.** Allerdings hat auch die freie Bergarbeiterorganisation durch die Streiks, die durch die Schuld des christlichen Gewerkvereins verloren gingen, Verluste an Mitgliedern gehabt, relativ und prozentual aber weniger als der Gewerkverein. Verluste, wie die des Bergarbeiterverbandes, bucht nach verlorenen Schlachten jede Organisation. Aber das „Zentralblatt" ist bisher nie müde geworden, den Streikbruch als „großen moralischen Erfolg der christlichen Gewerkschaftsbewegung" hinzustellen; und nun sehen wir, daß der gefeierte „Sieger" mehr als ein Viertel seiner gesamten Mitglieder verloren hat! Ohne diesen gewaltigen Rückgang hätten die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die Krise im Jahre 1913 gar ohne Mitgliederverluste überstanden. Also am Anschauungsunterricht fehlt es nicht. Und wenn das der christlichen Gewerkschaftsführung als Lehrmittel noch nicht genügt, dann mag sie die Gesamtentwickelung der christlichen und freien Gewerkschaften studieren.

Die christlichen Gewerkschaften bestehen nun schon 20 Jahre, sie haben keine Zeit durchgemacht, die diese Entwickelung gewaltsam gestört hätte. Am Jahresschluß 1913 zählten sie 341735 Mitglieder, Ende 1912 350930 und Ende 1911 350574 Mitglieder. Stolz braucht die christliche Heerführung also auf ihren gewerkschaftlichen Anhang nach zwanzigjähriger, von tausend Seiten unterstützter Agitationsarbeit nicht zu sein. Es hat eine Zeit gegeben, wo die christlichen Gewerkschaften bessere Waffenbrüderschaft mit den freien Verbänden hielten, wie in den letzten Jahren. Dafür ging es früher auch schneller und lebhafter mit ihnen voran; nachdem aber ein christlicher Streikbruch den anderen jagt, ein Verrat dem anderen folgt, geht es nicht mehr vorwärts, mag die Konjunktur gut oder schlecht sein. Vermag die christliche Gewerkschaftszentrale hieraus denn gar nichts zu lernen?

Die Gesamteinnahmen betrugen im Berichtsjahre 7177764 Mk., davon waren reine Mitgliederbeiträge 6308245 Mk.; die Ausgaben betrugen 6102688 Mk. und der gesamte Vermögensbestand am 31. Dezember 1913 belief sich auf 9682796 Mk. Für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurden 775638 Mk. aufgewendet, für persönliche Verwaltungsausgaben 191959 Mk. und für sachliche Verwaltung 304040 Mk.; der Anteil der Lokalkassen betrug 1192429 Mark. Die Ausgaben für Verwaltung und Agitation halten sich so ziemlich die Wage mit den Ausgaben für Streiks und Unterstützungszwecke.

Klassenkampf.

Klassenkampf! Wie es den Spießer gruselt bei diesem Worte! Im Geiste sieht er dabei Bomben fliegen und Säbel durch die Luft sausen. Keine Ahnung hat er von dem ewigen Naturgesetze des Kampfes, von der sittlichen Pflicht des Kämpfens der Klasse gegen die Klasse und von der edlen Art des Klassenkampfes. In bitterer Wut und weltfremdem Unverstande sitzt er da, dieser Mensch ohne ein fühlendes Herz und ein lebendiges Hirn, und ist nicht imstande zu erfassen, daß sich da um ihn herum in dem Klassenkampfe ein Kampf abspielt, wie ihn die Welt umfassender und zukunftswertiger noch nie gesehen hat.

Auch früher hat es Kämpfe gegeben, zu allen Zeiten der Erdgeschichte. Der Kampf ist sogar seit jeher die erste Voraussetzung aller Entwickelung gewesen, aber wenn das Wesen des Kampfes auch stets das gleiche war, so war er doch nicht immer von gleich bedeutungsvoller Art. Von um so größerem Werte für die Entwickelung war der Kampf, je mehr Organisation er aufwies. Als in der Urzeit das eine Wesen das andere bekämpfte, da förderte auch dieser Kampf die Entwickelung durch den Sieg des Zukunftswertigsten. Doch war der Erfolg nicht so groß wie später, als diese und jene Wesen sich verbanden und gemeinsam die anders gearteten bekämpften. Und je größer der Zusammenschluß der Kämpfenden wurde, um so mehr wuchs die Entwickelung.

Wenn nun auch solche Zusammenschlüsse der Kämpfenden stets bestanden, so waren sie doch wieder zu allen Zeiten zu zersplittert, um entscheidenden Erfolg zu bewirken. Mit dem Kampfe dieser und jener vereinzelten Alliierten, wie z. B. der Bauern im Mittelalter, ist es nicht getan. Nur der große, universale Zusammenschluß all der Unterdrückten, die für ihr Recht kämpfen wollen, bringt endgültigen Erfolg, nur der Kampf der Klasse gegen die Klasse. Der moderne Klassenkampf, wie er von den freien Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit geführt wird, stellt also den Kampf, dieses notwendige Entwickelungsleben, in seiner vollendetsten Form dar. Er ist darum für alle Leidenden und Unterdrückten wegen dieser seiner Natürlichkeit nicht nur sittliche Pflicht, sondern, da der Klassenkampf auch die Organisation des Kampfes in ihrer höchstmöglichen Art ist, so ist er auch das vollendetste Mittel zum durchgreifenden Erfolge.

Und was wird dieser Erfolg darstellen? Das Natürlichste, das es gibt: Gerechtigkeit. Das unterscheidet den proletarischen Klassenkampf auch so unendlich von allen Kämpfen, die es je gab. Nicht um körperliche Kraft geht es wie einst, nicht um wirtschaftlichen Egoismus wie heute. Wir kämpfen einen durchgeistigten Kampf. Geistige Werte sind das Endziel unseres Ringens, das Edelste, das die Natur geschaffen. Wenn das Proletariat sich also zum Klassenkampfe zusammenschließt, so wird es damit zum Kulturträger vollendetster Art und es gibt nichts von durchgreifenderem Werte und tieferem Gehalte als den proletarischen Klassenkampf.

An Streiks fanden statt:

	Anzahl		Betei. Personen	
	1912	1913	1912	1913
Angriffstreiks . .	250	234	8599	6672
Abwehrstreiks .	77	72	1345	1608
Aussperrungen .	32	35	3180	12756

Das ist alles, was an Mitgliedern in ernste wirtschaftliche Kämpfe verwickelt war; die meisten Ausgesperrten — in Krefeld und Bocholt — wurden so frühzeitig von den christlichen Gewerkschaftsführern vom Kampfplatz zurückgerufen, daß von einem wirklichen Kampf in diesen Fällen gar nicht geredet werden kann. Die abgeschlossenen Tarife, über die Zahlen nicht angegeben sind, konnten meist auch nur im Schatten der freien Gewerkschaften mit erzielt werden. Ohne die Kraft dieser Organisationen sähe es mit dem christlichen Tarifwesen windig aus.

Wir haben keine Lust, die Zahlen aus der freien Gewerkschaftsbewegung, die auf obige Zahlen Bezug nehmen, zum Vergleich heranzuziehen. Das aber kann gesagt werden: Müßten sich die deutschen und auch die christlich organisierten Arbeiter auf die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften allein stützen, es sähe jämmerlich mit ihnen aus. Man versteht daher wirklich nicht, woher die christlichen Gewerkschaftsführer den Mut nehmen, die freien Verbände, überhaupt die sozialdemokratische Bewegung in solcher Weise zu bekämpfen, wie es fortgesetzt geschieht. Sie hätten alle Ursache, sich dankbar zu erweisen, anstatt gehässig zu sein. Aber wie sagte August Brust: „Wenn die Roten nicht so geschildert werden, wie wir es tun, und wie das auch im „Zentralblatt" fortgesetzt geschieht, — laufen schließlich die christlichen Arbeiter alle zur sozialdemokratischen Bewegung über!"

Es könnte uns reizen, an dieser Stelle die „Annäherung der freien Gewerkschaften an die bürgerlichen Sozialreformer" zu besprechen. Die christliche Zentrale legt — wie wir sehen — viel Wert darauf, wir nicht mehr als nötig. Jedenfalls haben wir keine Ursache, das Gute, das die bürgerlichen Reformer wollen und bezwecken, zurückzuweisen. Es gibt sogar Fragen, in denen beide Richtungen zusammenarbeiten können, aber die künftige Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung hängt von diesem Zusammenarbeiten nicht ab. Diese Feststellung mag dem „Zentralblatt" für heute genügen. Auf den von ihm gebrachten Bericht werden wir noch zurückkommen, vielleicht gehen wir dann auf diese Frage näher ein.

Neutralität der gelben Gewerkschaften.

Die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes durch Polizei und Gerichte führt in steigendem Maße dazu, einzelne Zahlstellen oder Zweigvereine, aber auch ganze Verbände zu politischen Vereinen zu stempeln. Mit der Politischerklärung verfolgt man den Zweck, den freien Gewerkschaften die Aufnahme jugendlicher Mitglieder unter 18 Jahren unmöglich zu machen, um dieselben desto sicherer den mit Staats- und Unternehmergeldern gespitzten patriotischen und sonstigen Jugendvereinigungen zuzuführen. Nun wird aber gerade hier ganz nach Herzenslust und vollständig ungeniert Politik in weitestem Umfange getrieben, wie nachstehende Beispiele zeigen. Wir wollen aber vorher bemerken, daß alle die Fälle, wo die Gelben sich mit der Sozialgesetzgebung beschäftigen, hier ausgeschieden sind. Letzteres wird aber bekanntlich den freien Gewerkschaften schon als politische Betätigung angerechnet.

Anfang 1910 gab der nationale Bergarbeiterverein für Carnap und Umgegend ein Flugblatt heraus, worin als Zweck des Vereins u. a. angegeben wurde: „Bei allen Wahlen für die Kandidaten einzutreten, die sich in jeder Hinsicht zur gelben Sache bekennen".

Auf der Tagung des Bundes deutscher Werkvereine am 29. Juni 1912 in Essen wurde ein Antrag Magdeburg beraten, in welchem gefordert wurde: „Daß die Kosten der neuen Wehrvorlage durch Steuer auf den Besitz aufgebracht werden sollen. Die Versammlung beauftragte den Bund der Werkvereine, einen entsprechenden Antrag beim Hauptausschuß zu stellen".

Der Tätigkeitsbericht der Sächsischen Abteilung zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands sagt an einer Stelle: „Daß auf diese nationale Arbeiterbewegung auch ein nationaler Verlaß sein kann, wird in schlagendster Weise aus der beiliegenden Wahlstatistik bewiesen, welche zeigt, daß tatsächlich die Zurückdrängung der roten Flut erfolgreich nur mit unserer (der gelben) Bewegung möglich ist".

Der „Werkverein" vom 7. März 1913 berichtet über die Gründung eines neuen Werkvereins in Griesheim bei Frankfurt a. M. In dem Bericht wird hervorgehoben, daß es „durch das einmütige Zusammenarbeiten der Werkvereine Frankfurts gelungen sei, den Obergenossen Dr. Quarck aus dem Stadtverordnetenparlament herauszuwählen".

In der Versammlung des Werkvereins der Zeche „Cardus Magnus" am 9. März 1913 wurde vom Sozialsekretär Sartorius ein Vortrag gehalten über „Deutschlands Entwickelung und Kolonialpolitik".

Der „Werkverein" vom 18. März 1913 fordert die Mitglieder auf, eine Versammlung der deutschen Vereinigung zu besuchen, wo über die „Wehrvorlage" gesprochen wurde. Die für diesen Sonntag arrangierten Versammlungen der Gelben wurden deshalb nicht abgehalten. — Am 6. April 1913 hielt der Werkverein der Rheinischen Metall- und Maschinenfabrik in Düsseldorf eine Versammlung ab.

Hassen und lieben.

Die sittliche Anschauung der heutigen zivilisierten Welt ist wie ein Gebäude ohne Halt und Grund. Sie ist etwas planlos Zusammengesetztes, das in der Luft schwebt und beliebig geknetet und erweitert werden kann. Es fehlt die rechte Grundlage und der rechte Maßstab, nach dem das Gebäude folgerichtig und konsequent bis in die kleinsten Einzelheiten errichtet wird.

Im praktischen Leben kümmert man sich allerdings nicht um jene Theorie, kann man sich auch schließlich gar nicht danach richten, da manche Worte zum praktischen Leben naturnotwendig erforderlich sind, von jener theoretischen, bürgerlich-kirchlichen Sittlichkeitsordnung als unsittlich verworfen werden. Man predigt einseitig von Liebe, ohne das rechte Verständnis für sie zu besitzen, ohne zu wissen, daß zu einer rechten wahren Liebe auch der Haß gehört, wie ihn das praktische Leben kennt und wie er sich auch in unserem Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung zeigt.

Das liegt eben an dem künstlich zurechtgefügten Gebäude sittlicher Lebensanschauung. Da werden ein paar schöne menschliche Tugenden zurechtgesetzt und zu einer Lehre zusammengefügt ohne irgendwelche Grundlage und Richtschnur, planlos und sinnlos. Man kann eine sittliche Lebensanschauung aber nicht einfach zusammensetzen, wie man gerade Lust hat. Wir sind geworden wie die übrige Welt, sind trotz aller unserer Kultur ein Stück Natur und haben uns nach ihren Gesetzen zu richten, wenn wir natürlich und das ist sittlich leben wollen.

Das leitende Gesetz der Natur aber ist das Entwickelungsgesetz und das muß auch das leitende Gesetz eines sittlichen Lebens sein. Bei all unserem Denken, Fühlen und Handeln müssen wir die Entwickelung des Ganzen im Auge haben und darum ist nicht nur die Liebe sittlich, sondern auch der Haß. Hassen müssen wir, wenn wir sehen, wie in selbstsüchtiger Gier gegen jenes oberste Gesetz des Lebens verstoßen wird. Hassen müssen wir da mit dem ganzen Feuer unseres Herzens. Wer da nach jener grauen, bürgerlich-kirchlichen Theorie leben wollte, der würde ein leerer, oberflächlicher Schwärmer sein.

Jene Theoretiker haben, wie gesagt, keine Richtschnur für ihre sittliche Anschauung. Erst wenn wir die Natur zur Grundlage nehmen, dann werden wir uns auch über die Liebe klar sein. Wenn alles Leben sich auf die Entwickelung erstreckt, dann auch die Liebe. Wir lieben um der Entwickelung, um der Zukunft willen und weil wir in klarer Erkenntnis dieser natürlichen Welt- und Lebensanschauung die Zukunft in Liebe ersehnen, so lieben wir alle die, die heute „gut" sind, das heißt, die im Sinne der Entwickelung leben, so hassen wir aber auch die, die „schlecht" sind, das heißt, nur sich selbst leben und der Gegenwart, wenn wir sie auch verstehen und darum nicht verständnislos verdammen. Die Liebe zur Zukunft ist die oberste Richtschnur alles sittlichen Lebens und dieser Liebe zur Zukunft dienen im Gegenwartsleben die Liebe zum Guten und der Haß dem Schlechten gegenüber. Auch der Haß ist also sittlich, ja eine sittliche Pflicht. Unsittlich handelt der, der gleichgültig abseits am Wege steht und untätig zusieht all dem Jagen nach Gegenwartserfolgen und persönlichem Gewinn. Hassen müssen wir solch niedere Kreaturen, hassen mit der ganzen Leidenschaft, die in uns wohnt, und sie bekämpfen mit aller Macht, die uns zur Verfügung steht. Und die Gewerkschaftsbewegung ist es, in der wir diesen unseren Haß gegen die Ausbeutung um niederer Gegenwartserfolge willen in die Tat umsetzen können. Freier Gewerkschaftler zu sein ist also sittliche Pflicht.

Der Redner erklärte: „Daß auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen jedes Mitglied dafür sorgen müsse, daß die gelben Stimmen nur einem bürgerlichen Kandidaten zufließen". — Der Werkverein der Westfälischen Stahlwerke ließ in seiner Mitgliederversammlung einen Vortrag über „Die Entstehung unserer Marine" halten. — In der Versammlung des Werkvereins Union hielt ein Herr König am 15. April 1913 einen Vortrag über die Landtagswahl und ersuchte die Mitglieder, nur für den Kandidaten zu stimmen, welcher der gelben Bewegung freundlich gegenübersteht. — Die Mitglieder des Werkvereins der Zeche Maurel wurden in der Versammlung am 4. Mai 1913 aufgefordert, sich rege an der Landtagswahl zu beteiligen und nur die vom Werkverein aufgestellten Kandidaten (jedenfalls Wahlmänner) die Stimme zu geben.

Ferner nahmen folgende Mitgliederversammlungen Stellung zu den Landtagswahlen: Am 12. Mai 1913 Werkverein der Zeche Graf Beust; am 12. Mai 1913 wurde in der Versammlung des Werkvereins der Zeche Dorstfeld ein Vortrag über die Landtagswahl gehalten; desgleichen am 12. Mai 1913 in der Versammlung des Werkvereins der Zeche Friedrich-Ernestine und am gleichen Datum in der Versammlung des Werkvereins der Zeche Dorstfeld.

In Nr. 20 des „Werkverein" vom Jahre 1913 fordert der Werkverein Union seine Mitglieder auf, sich vollzählig an der Landtagswahl zu beteiligen und kann in Nr. 21 bekanntgeben, daß mit Hilfe der Gelben in der Unionvorstadt 6 Wahlmänner der nationalliberalen Partei gewählt wurden.

In der Versammlung des Werkvereins „Gußstahlwerk" in Witten wurde den Mitgliedern empfohlen, bei der Stadtverordnetenwahl die bürgerlichen Kandidaten zu wählen.

Der „Werkverein" vom 6. Dezember 1912 teilt mit, daß bei der Essener Stadtverordnetenwahl 2 Mitglieder des Werkvereins gewählt wurden. 11 Mitgliedern, welche „rot" gewählt hatten, wurde der Ausschluß angedroht.

Der „Nationaldemokrat", ein gelbes Berliner Organ, welcher sich in Opposition gegen die Gelben Kruppscher Richtung befindet, teilt mit, daß der Gelbenführer Heß in einer Versammlung in Chemnitz erklärt habe: „Wenn heute unsere Mitglieder zu uns kommen, wissen sie, daß sie bei allen Wahlen nationalliberal zu wählen haben".

Daß die reichstreuen Bergarbeitervereine Niederschlesiens politische Gebilde sind, aber nichtsdestoweniger sehr eifrig im Jugendfang machen, wollen wir ebenfalls an einigen Beispielen zeigen: Von einer Versammlung der reichstreuen Jugendabteilung in Oberwaldenburg berichtet der „Feierabend des Arbeiters" in Nr. 83 vom Jahre 1912: Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über „Die Entstehung des Deutschen Reichs" und sprach im Anschluß daran über die gegenwärtige Lage auf dem Balkan.

Am 25. Februar 1912 hielt der reichstreue Knappenverein von Kohlendorf seine monatliche Versammlung ab. Der Generalsekretär Daerr aus Breslau hielt einen Vortrag über das Erfurter Programm II. Teil.

Am 15. Dezember 1911 veranstaltete der reichstreue (gelbe) Bergarbeiterverein einen Frauenabend, zu dem aber auch Männer erschienen waren. Der gelbe Sekretär Fichtner forderte die Mitglieder auf, am 12. Januar ihre Pflicht zu tun, dann wäre es möglich, die rote Fahne von Waldenburg herunterzuholen.

Die reichstreuen Bergarbeitervereine begnügen sich aber nicht damit, Politik zu treiben, sie rücken auch mit dem notwendigen Gelde heraus, wie folgender Bericht des „Mansfelder Bergboten" beweist:

Die reichstreuen Berg- und Hüttenarbeiter Mansfelds hielten am 27. August 1911 in Helbra ihre erste ordentliche Hauptversammlung ab. In dem Bericht heißt es: „Bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeindevertretungen sollen die Mitglieder geschlossen für vaterländisch gesinnte Männer eintreten. Zu den Wahlkosten können Beihilfen aus den Verbandskassen geleistet werden. Für die Reichs- und Landtagswahlen gelten die gleichen Vorschriften, doch wird bei dieser Gelegenheit keine Belastung der Verbandskassen eintreten dürfen. Bei der nächsten Reichstagswahl (1912) tritt der Verband mit vollem Nachdruck für die Wiederwahl des bewährten Vertreters, Herrn Dr. Arendt-Berlin, ein."

Also die gleichen Vorschriften gelten bei den Reichs- und Landtagswahlen. Wir würden vergeblich die ganze freie Gewerkschaftspresse absuchen, wollten wir auch nur einmal in diesem Tone gehaltene Verfügungen finden.

Der „Feierabend des Arbeiters" bringt in der Nummer vom 18. Dezember 1912 einen Artikel: „Die deutschen Industriellen und die Werkvereine". Der Kommerzienrat Goldschmidt-Berlin hielt eine Rede, in der es hieß: „Die Arbeiter, die von den Gewerkschaften einmal bekehrt sind, sind beeinflußbar für eine andere politische Richtung". — Dr. Bovenschen sagte: „Mit der politischen Zurückhaltung der Werkvereine komme man nicht aus, sie müssen politisch beeinflußt werden, damit sie sich auch bei den Wahlen in zuverlässiger Weise betätigen. Ein so bedeutungsvoller Faktor die Werkvereine für die Erhaltung des Friedens auch sind, so müssen sie außerdem eine zuverlässige Kerntruppe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen werden."

Die Reden wurden gehalten auf der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin 1913.

Zu diesen Ausführungen erklärt Heuer vom nationalen Arbeiterverband, „daß die Bewegung auch kräftige Fortschritte nach der Richtung der politischen Beeinflussung mache und schon manche Erfolge erzielt habe".

Der „Feierabend des Arbeiters" vom 9. Februar 1913 bringt ein Inserat zu einer Versammlung des reichstreuen Bergarbeitervereins Weißstein. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag: „Die Sozialdemokratie".

Der reichstreue Bergarbeiterverein in Weißstein arrangierte am 26. Februar 1913 eine Versammlung, wo der liberale Parteisekretär Grund einen Vortrag hielt über: „Die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches".

Der reichstreue Bergarbeiterverein Waldenburg hielt am 16. Januar 1913 seine Monatsversammlung ab. Parteisekretär Grund hielt einen Vortrag über „Nationale Wehrkraft". Der Anregung, politische Aussprachenabende innerhalb des Vereins einzuführen, soll stattgegeben werden.

Ungenierter kann zu den verschiedensten politischen Angelegenheiten wohl kaum Stellung genommen werden. Trotzdem hier die politische Betätigung klar auf der Hand liegt, trotzdem in den Jugendabteilungen politische Themata behandelt werden, rührt sich kein Polizeipräsident, um diese Vereine für politisch zu erklären. Im Gegenteil, man unterstützt diese Gesellschaft moralisch und finanziell. Die freien Gewerkschaften aber, die eine Kulturbewegung allerersten Ranges sind, sollen geknebelt werden zur höheren Ehre des Kapitalismus. So will es die Gerechtigkeit.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die **Treibriemenarbeiter** in **Aachen** befinden sich seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Es wurde den Arbeitgebern ein Tarifentwurf unterbreitet, der sehr minimale Forderungen enthielt. Seit jeher stehen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Aachener Kollegenschaft auf der niedrigsten Stufe, daher ist es begreiflich, daß wir uns noch nicht zu den Forderungen aufschwingen können, die an anderen Orten bereits als selbstverständlich anerkannt sind. Gefordert haben unsere Kollegen neben sonstigen Forderungen allgemeiner Natur 57 Stunden Arbeitszeit pro Woche und Mindestlohnsätze von 35, 40 und 45 Pf. pro Stunde. **Selbst bei diesen geringen Forderungen ließen sich die Arbeitgeber nicht** zu Verhandlungen herbei und flüchteten sich unter die Fittiche des allgemeinen Arbeitgeberverbandes. Die Arbeitgeber, die die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen wollen, die sogar ablehnten, mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln, fügen sich dem Machtwort des Arbeitgeberverbandes. Sie erklären, einen Tarifvertrag für Aachen nicht anerkennen zu können. Und gerade dieser ist für Aachen geradezu notwendig. Betrug vor zwei Jahren der Durchschnittsverdienst 23,40 Mk., so beträgt er heute nur noch 23,20 Mk. Die Löhne haben sich trotz der ständig steigenden Preise für den Lebensunterhalt nicht einmal auf ihrer Höhe gehalten. Bei der Hauptscharfmacherfirma Heuken u. Co. beträgt der Durchschnittsverdienst pro Woche sogar nur 21,95 Mk. Wie hiermit die Arbeiter in einem Badeort wie Aachen mit seinen teuren Verhältnissen existieren können, kann nur der begreifen, der die Lebensweise und die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter kennt.

Da sich die Arbeitgeber zu Verhandlungen nicht herbeiließen, haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Die ohne Kündigung arbeiteten, haben sofort die Arbeit niedergelegt, der andere Teil am Samstag, den 18. Juli. Die Arbeitgeber sind nun auf der Suche nach Streikbrechern, denen sie bedeutend höhere Löhne versprechen, als die Kollegen verlangt haben. In allen Zeitungen lassen sie Inserate los und besonders wird das nahe Belgien nach Arbeitswilligen abgegrast. Der Arbeitgebernachweis schickt alle Arbeitslosen, ganz gleich welchen Beruf sie haben, nach den bestreikten Firmen. Dabei wird der schärfste Terrorismus geübt. Es wird den betreffenden Arbeitern erklärt, wenn sie die zugewiesene Arbeit nicht annehmen, dann erhielten sie überhaupt keine Arbeit mehr vermittelt. Um die Einwohnerschaft Aachens über den Kampf aufzuklären, sollte ein harmloses Flugblatt verbreitet werden. Die Polizei erschien jedoch den Arbeitgebern zu Hilfe und verbot die Verbreitung des Flugblattes.

Kollegen allerorts! Unterstützt die Aachener Kollegen, haltet den Zuzug fern! Gebt acht, daß keine Streikarbeit angefertigt wird!

Die Aussperrung in den Karosseriewerken von Kathe u. Sohn in Halle und Diemes dauert unverändert fort. Die krampfhaften Versuche, Arbeitswillige heranzuschaffen, haben dazu geführt, daß der Betrieb der reine Taubenschlag geworden ist, denn nicht einmal die Arbeitswilligen halten es in diesem Betriebe länger als 14 Tage aus. Fertige Wagen konnte die Firma noch nicht abliefern. Agenten sind im Auftrage der Firma in allen Teilen Deutschlands tätig, um Arbeitswillige zu werben. Auch versucht die Firma Kathe u. Sohn, in Breslau „Arbeitswillige" aufzutischen. Sie mutet Arbeitern, die einen 3wöchigen Kampf heldenhaft geführt haben, zu, nun in ihrem Betriebe Streikbrecher zu werden. Es versteht sich am Rande, daß diesen Agenten gebührend geantwortet wird, denn nur so wird der Kampf zugunsten der Arbeiter beendet werden.

Der Kampf in den Linke-Hofmann-Werken in Breslau ist am Freitag, den 17. Juli für beendet erklärt worden, nachdem nachfolgende Vereinbarungen mit 3007 gegen 146 Stimmen angenommen wurden. Dieselben lauten:

Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsverdienste der einzelnen Arbeitnehmer-Kategorien, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern.

Es werden Aenderungen an den im Werk gültigen Akkorden nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Massenarbeit begründet sind. Bei Massenarbeit wird die Mindeststückzahl, für die der Akkord gilt, zugegeben.

Bei Akkordfestsetzungen, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festsetzung eine Härte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.

Die am 22. Mai 1912 für die Gießerei getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen.

Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gewährt, soll ein Ausgleich durch besser bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden.

Die Direktion wird weder eine Antastung des Koalitionsrechtes noch eine Agitation in den Werkstätten, ganz gleich für welche Organisation, dulden. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.

Es soll versucht werden, jeden Arbeitnehmer wieder auf seinen von ihm verlassenen Platz zu bringen, soweit es die Betriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werk arbeitenden Leute zulassen.

Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die ausgeschiedenen, die den betreffenden Platz besetzen könnten, berücksichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hofmann-Werken einberufen sind, wird dadurch nicht berührt.

Bei der Wiedereinstellung werden die älteren und verheirateten Arbeitnehmer möglichst zuerst berücksichtigt.

Maßregelungen werden nicht stattfinden.

Dieser Kampf war ein durchaus schwerer. Seit Mitte Januar standen die ersten Arbeiter im Streik und gegen Ende desselben Monats erfolgte die Aussperrung, an der auch unsere Kollegen beteiligt waren. Nach den uns gewordenen Mitteilungen werden die Sattler wohl noch einige Wochen zu warten haben, bis sie die Arbeit aufnehmen können, da die im Betriebe tätigen Arbeitswilligen nicht genügend Arbeit hatten und sehr oft aussetzen mußten. Jedenfalls haben die beteiligten Organisationen sich meisterhaft geschlagen und der Arrangeur dieser großen Schlacht, Herr Direktor Eichberg, dürfte nunmehr etwas anders über die realen Kraftverhältnisse der Arbeiterorganisationen denken.

Aus unserem Beruf.

Wechsel im Vorstand des Verbandes deutscher Lederwaren-Industrieller. Wir erhielten eine Mitteilung, wonach an die Stelle des Herrn H. Schloßmacher Herr Dr. Cratz-Offenbach, Syndikus der Handelskammer in Offenbach, zum 1. Vorsitzenden des Verbandes gewählt wurde, desgleichen zum stellvertretenden Vorsitzenden der Lederwarenfabrikant Herr Rich. Kahn. Der Sitz des Verbandes ist jetzt Offenbach a. Main.

Einführung des neuen Offiziers-Tornisters für die deutsche Armee. Für die Offiziere der deutschen Armee ist kürzlich ein neuer Tornister eingeführt worden. Der neue ist weit kriegsmäßiger als der alte. Das Hauptmaterial des alten war Pappe; ein blanker, schwarzer Bezug machte ihn nicht viel standfester. Der Kasten war hoch, besaß aber nur ein tiefes Fach, in der Klappe war nur eine Tasche. Der neue Tornister hat die Größe und Form des modernen Mannschaftstornisters. Er ist aus haltbarem mattbraunem Leder gefertigt von derselben Farbe wie der Tornister der Leute. Die Mannschaftstornister haben auf der vorderen und Rückseite noch einen dünnen und leichten braunen Fellbesatz zum Schutz gegen die Nässe und andere äußere Einflüsse. Bei den Offizierstornistern wird das nicht für nötig gehalten. Der Tornisterkasten ist wie der Mannschaftstornister, doch zum Schutz der Sachen mehr geschlossen. In der Decke des Kastens wie unter der Klappe befinden sich sinnreich angeordnet mehrere geräumige Taschen, so daß Wäsche und getrennt für sich untergebracht werden kann. Der über die Tornisterklappe laufende Verschlußriemen ist eine besonders praktische Erfindung für sich. Mit einem Griff kann er gelöst und die Klappe freigemacht werden, ebenso einfach und schnell kann er verschließend angezogen werden.

Hameln. Abwechselnd suchen die beiden hier am Ort befindlichen Autofabriken „Norddeutsche Automobilwerke" und die Firma „Burkart u. Günther" im „Deutschen Arbeitsmarkt", einem Blatte, daß sehr oft Streikbrecherinserate aufnimmt und sogar den berüchtigten Streikbrecheragenten seine Spalten öffnet, Sattler. Leider finden sich dann auch immer Kollegen, die, ohne sich an die Ortsverwaltung zu wenden, mit den Firmen in Verbindung treten und wenn sie auf eine Anzahl Fragen befriedigende Antwort geben können, unter denen auch die der Zugehörigkeit zur Organisation mitgehört, evtl. auch eingestellt werden. Sehr enttäuschte Gesichter sieht man aber, wenn die Kollegen einige Tage gearbeitet und den ersten Lohn empfangen haben. Wenn in Akkord etwas verdient werden soll, muß tüchtig geschuftet werden, denn die Löhne sind bedeutend niedriger als in den meisten gleichen Betrieben. Dafür dürfen dann tüchtig Ueberstunden gemacht werden. Aeußerst niedrig sind die Stundenlöhne, die sich nicht etwa nach dem Durchschnittsverdienst bei Akkordarbeit richten. Besonders ist dies bei der Firma Burkart u. Günther der Fall. Hier wird unseren Kollegen auch noch zugemutet, neben den bezahlten Akkordarbeiten auch noch unbezahlte Tagelöhnerarbeiten zu verrichten. Anscheinend meint die Firma, die Akkordlöhne sind so hoch, daß unsere Kollegen auch noch diese Arbeiten nebenbei mit verrichten können. Wir wollen hoffen, daß sich unsere Kollegen bei den niedrigen Löhnen dies in Zukunft nicht mehr gefallen lassen.

Von allen Kollegen aber, die hier Arbeit nehmen wollen, erwarten wir, daß sie vorher Erkundigungen bei der Ortsverwaltung einziehen, ehe sie sich an die Firmen wenden. Sonst kann es ihnen ergehen wie schon so manchem Kollegen, der aus einer besser bezahlten und dauernden Stelle gegangen ist, um hier nur eine kurze Gastrolle zu geben. Denn meist ist die günstige Arbeitsgelegenheit bei niedrigen Löhnen in der herrlichen Rattenfängerstadt nur kurze Zeit. Nachher gibt es Arbeitszeitverkürzung, Aussetzen und Entlassung. **Daher Kollegen: Vorsicht bei Arbeitsannahme nach Hameln! Ohne Erkundigung bei der** Ortsverwaltung keine Arbeitsannahme!

Korrespondenzen.

Köppern. (E. 15. 7.) In der schwach besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 10. Juli gab der Kassierer zunächst den Bericht der Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1914. Es betrugen demnach die Einnahmen zusammen 485,70 Mark. Da infolge der großen Arbeitslosigkeit die Ausgaben nicht gedeckt werden konnten, mußte die Hauptkasse einen Zuschuß von 910 Mk. leisten. Es wurden insgesamt an Unterstützungen 1016,50 Mk. ausgezahlt, darunter für Arbeitslosenunterstützung 828 Mk., für Krankenunterstützung 168,50 Mk., für Beerdigungsgeld 20 Mk. An die Gaukasse wurden 294,82 Mk. eingesandt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden.

Unter Punkt „Verschiedenes" wurde zunächst beschlossen, die Arbeiterjänger bei ihrem Sommerfest zu unterstützen. Hier muß bemerkt werden, daß die Kollegen im Interesse unserer jungen Verwaltungsstelle in Zukunft ihre Beschlüsse besser zur Ausführung bringen, als dies am Sonntag beim Besuch der freien Sänger der Fall war. Ein Antrag Schüler, in aller Kürze ein Sommerfest zu veranstalten, mußte, da so wenig Kollegen anwesend waren, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Dem Antrage des Kollegen Reichhardt, eine Sammelliste zirkulieren zu lassen zur Unterstützung des kranken Kollegen Mank, wurde allseitig zugestimmt. Einige Punkte betreffs Werkstattangelegenheiten, mußten ebenfalls wegen schlechten Besuchs bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Nachdem Kollege Löbrich noch auf die Ablieferung der Statistikkarten hingewiesen hatte, konnte die Versammlung vom Vorsitzenden nach einer kräftigen Ermahnung, in Zukunft besser die Versammlungen zu besuchen, geschlossen werden.

NB. Die nächste Versammlung findet bei Braun statt und werden die Kollegen in ihrem eigenen Interesse, der wichtigen Tagesordnung halber, dringend um ihr Erscheinen gebeten.

München. (E. 16. 7.) Am 27. Juni konnte unsere Filiale den zweiten Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Weinschild, begrüßen und ein ausgezeichnetes Referat entgegennehmen: „25. Jahre Kulturarbeit im Sattlerverband". Redner beleuchtete die traurigen Verhältnisse, die vor 25 bis 30 Jahren in unserem Berufe herrschten, bis sich

kampiesfreudige Kollegen zusammenschlossen, um gemeinsam für ein besseres Dasein zu ringen. Und daß Erfolge zu verzeichnen sind, zeigt der Referent durch einige statistische Zahlen. Und als Haupterrungenschaft dürfen wir die Tatsache betrachten, daß unsere Kollegen etwas aus ihrer Bedürfnislosigkeit gezogen wurden und im Vergleich zu den Berufsgenossen vergangener Jahre erhöhte Lebensansprüche machen. Der Arbeiter von heute nimmt schon Anteil an kulturellen Errungenschaften, interessiert sich für Kunst und Wissenschaften, zum Mißvergnügen der Herrschenden macht er auch von seinen politischen Rechten Gebrauch und gewinnt dadurch Einfluß auf Gesetzgebung, überhaupt auf das öffentliche Leben. Die kommende Zeit, führt der Referent aus, wird schwere Kämpfe bringen, da unsere Gegner fortwährend suchen, den Arbeitern ihre Rechte zu schmälern, das Koalitionsrecht, Streikpostenstehen usw. sollen möglichst eingeschränkt oder gar beseitigt werden. Nur wenn die Arbeiter einig und kampfbereit sind, können sie dem Kommenden mit Erfolg begegnen.

Diese Versammlung war wieder einmal ein „großer Tag", konnten wir doch nach dem Referat feststellen, daß sich zwei Jubilare eingefunden hatten, zwei alte Kämpen aus der Gründungszeit: Kollege Grombaß und Kollege Sassenbach. Zuerst ergriff unser Grombaß das Wort, um den Kollegen mit noch immer jugendlichem Feuer von Vergangenem zu erzählen. Wie schwer sich gerade hier in München die Organisation entfaltete, die ersten Jahre war ihre Hauptader die Artilleriewerkstätte, wußte er aus eigenstem Erleben zu schildern. Immer wieder, wenn keine Militärarbeit mehr vorhanden war, schmolz die Filiale wieder auf ein paar Unentwegte zusammen, und es bedurfte aller Energie, um den schwachen Funken im Glimmen zu erhalten. Als sich dann später noch einige Kollegen aus den verschiedenen Branchen fanden, ging es ja stetig aufwärts. Schwer sind die wirtschaftlichen Schäden, die unseren Pionieren erwachsen sind, Grombaß selbst konnte 13 Jahre keine bleibende Arbeit mehr auftreiben, doch über alles tröstet ihn der eingetretene Aufschwung, eine ungemein große Freude hat ihm das vom Zentralvorstand übersandte Jubiläumsgeschenk des Verbandes bereitet. Nun sprach auch noch Kollege Sassenbach einige Worte über: „Einst und jetzt". Früher, als er hier in München arbeitete, bestand noch der alte Gegensatz zwischen Nord und Süd, der auch ab und zu in recht unbrüderliche Schlägereien ausartete. Daß diese Zwistigkeiten heute nicht mehr unter den Arbeitern bestehen, sei sicher auch ein Kulturerfolg der Gewerkschaften, und nicht der schlechteste.

Interessant und anregend war diese Versammlung, nur schade, daß nicht mehr Kollegen den Weg dahin gefunden. Merkt Euch, Ihr Münchener Kollegen: Ihr könnt Schulung notwendig brauchen, ein Mittel zu diesem Zweck sind die Versammlungen. Wo soll denn nur der Geist, das Solidaritätsgefühl herkommen, wenn Ihr wie die Unken in Eurem Sumpfe schlummert. An Euch selbst werdet Ihr die Folgen empfinden.

Aus anderen Organisationen.

Vor 14 Tagen glaubte man, daß die Aussichten, den Kampf der Waffenarbeiter in Solingen beenden zu können, gute seien. Mit einemmal aber änderte sich die Situation, indem von den Oberscharfmachern die Aussperrung von 20—30 000 Arbeitern angedroht wurde. Die Produktionsverhältnisse im Solinger Gebiet sind aber viel zu kompliziert, als daß man ernstlich an diese Drohung glauben konnte. Im Verlauf der letzten Woche haben nun wiederholt Verhandlungen stattgefunden, die damit endeten, daß Arbeiter und Unternehmer sich auf die Vorschläge des Einigungsamtes verständigten, die einen nahezu vollen Sieg der Arbeiter bedeuten. Dadurch ist der Kampf der Waffenarbeiter nach 20wöchiger Dauer beendet und die Generalaussperrung vermieden worden. Dagegen haben die Tuchindustriellen in der Lausitz ihre Drohung wahr gemacht und zirka 30 000 Textilarbeiter ausgesperrt, die insgesamt mit 143 000 Familienangehörigen zu rechnen haben. Und dieses alles, weil zirka 60 Walkereiarbeiter nicht zu Kreuze kriechen wollen. Die bürgerliche Presse bringt die ungeheuerlichsten Dinge von den unverschämten Forderungen dieser Arbeiterschicht. Die Statistik zeigt aber, daß für diese Arbeiter Löhne von 16—27 Mark in Frage kommen, und wenn da wirklich 4 Mk. pro Betrieb drauf gelegt werden, so wird die Tuchindustrie der Lausitz davon nicht kaput gehen. Die meisten Betriebe beschäftigen nur 1—2 Walker und demzufolge ist die Verlogenheit von den ungeheuren Forderungen und Löhnen der Walker leicht zu durchschauen. Der Kampf, den die Tuchindustriellen gegen die Arbeiter führen, richtet sich gegen die Organisation und da dürften diese Herren sich doch gewaltig verrechnet haben. Den größten Schaden wird unbedingt das Unternehmertum zu tragen haben, welches glaubte, die Arbeiter werden wie im Jahre 1910 sich durch die brutale Aussperrung einschüchtern lassen und die streikenden Walker zur Arbeitsaufnahme beeinflussen.

Aussperrung der Tabakarbeiter in Mannheim. Da die Tabakarbeiter die Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages ohne Lohnzulage ablehnten und bei vier Firmen der Rohtabakbranche die Arbeit niederlegten, hat der Verein der Rohtabakhändler die Aussperrung sämtlicher Tabakarbeiter beschlossen. Die einzelnen Firmen haben sich verpflichtet, in keinerlei Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen einzutreten. Die Ablehnung der Lohnforderungen begründen die Unternehmer mit der schlechten Geschäftslage; auf Weiterführung des bisherigen Tarifvertrages wollen sie jedoch jetzt verzichten. An der Bewegung sind der Deutsche Tabakarbeiterverband und der christliche Verband beteiligt.

Aussperrung der Bremer Stauereiarbeiter. In Bremen ist es wegen des neuen für die Hafenbetriebe gültigen Tarifs zwischen den Unternehmern und den auf Holzschiffen beschäftigten Stauern zu Differenzen gekommen.

Genossenschaftliches.

Ausgewerkschafter gegen die Konsumvereine. Um den Wünschen der Fleischermeister nach unbeschränkter Macht gegenüber den Gesellen Rechnung zu tragen, hat ein Teil der letzteren bekanntlich die Selbstlosigkeit so weit getrieben, daß sie Organisationen gründeten, deren Wirkung trotz aller Verbrämung die Wahrung der Arbeitgeberinteressen ist. Der deutsche Fleischergesellenbund läßt das bei all seinen Maßnahmen nur zu deutlich erkennen. So hielt der norddeutsche Zweigverband kürzlich in Kiel seinen Bundestag ab. Man hatte sich u. a. auch einen Referenten kommen lassen, der über die Entwickelung des Kleinhandwerks zum Großbetriebe redete und dabei die Behauptung aufstellte, daß der Großbetrieb im Fleischergewerbe nicht zum Segen für das Gewerbe im allgemeinen ausschlage. Man solle deswegen dahin streben, im Fleischerhandwerk den Kleinbetrieb zu erhalten. Der Staat müsse mithelfen durch Einführung einer Umsatzsteuer für alle Groß- resp. Konsum- oder Genossenschaftsbetriebe. Der Kleinbetrieb aber müsse unterstützt werden. — Die natürliche Entwickelung ihres Gewerbes werden die Fleischermeister auch durch das Verlangen nach unvernünftigen Gesetzen nicht aufhalten, schon weil die Rücksicht auf die Volkshygiene das verbietet. Die Fleischergesellen aber täten wirklich klüger daran, statt sich gegen die Konsumvereine mißbrauchen zu lassen, danach zu trachten, daß ihnen die Fleischermeister ebenso günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, wie ihre in Konsumgenossenschaftsbetrieben tätigen Kollegen sie genießen.

Die Kriegervereine gegen die Konsumvereine. In der Provinz Brandenburg werden gegenwärtig einmal wieder die Kriegervereine gegen die Konsumgenossenschaften mobil gemacht; so in Havelberg und Beelitz. Ein Landrat v. Graevenitz hat die Parole ausgegeben: „Kameraden, kauft bei Kameraden!" Wenn organisierte Arbeiter ähnliche Aufrufe erlassen, schreit man bekanntlich den Staatsanwalt um Hilfe an gegen solchen „Terrorismus". In Beelitz will man sogar diejenigen Mitglieder aus dem Kriegerverein entfernen, deren Frauen dem Konsumverein angehören. Vielleicht erweitert man die Vorschrift noch auf Groß- und Schwiegermütter. Der praktische Erfolg solcher Maßnahmen pflegt eine Verminderung der Mitgliedergahl der Kriegervereine und eine Hebung des Umsatzes der Konsumvereine zu sein. Gleichwohl muß gegen die kameradschaftliche Unduldsamkeit Protest erhoben werden. Die Gewerkschaften werden bekanntlich in gleicher Weise behandelt. Ein Mensch, dem seine wirtschaftliche Selbständigkeit lieb ist, wird deshalb bestens für die Zugehörigkeit zu Vereinen danken, in denen er den Profitinteressen einer kleinen Clique von Leuten zuliebe sich kommandieren lassen muß, wo er einkaufen soll, und in denen man ihm untersagt, sich mit seinen Kollegen zur Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse zusammenzuschließen.

Rechtsprechung.

Ueber die Frage der Tarifzuständigkeit hat das Berliner Gewerbegericht soeben ein interessantes Urteil gefällt, das auch für unsere Mitglieder von Bedeutung ist. In der „Berliner Volkszeitung" stand darüber folgender Bericht:

„In gewerblichen Lohnstreitigkeiten wird die Tarifzuständigkeit durch das Gewerbe der Majorität der Angestellten bestimmt. Diese gewerbegesetzlich interessante Entscheidung zeitigte die Klage, die der Buchbinder M. vor der siebenten Kammer des Gewerbegerichts gegen die Firma K. um Nachzahlung des Lohnes für den zweiten Pfingstfeiertag angestrengt hatte. Der Kläger hatte, wie die Beweisaufnahme ergab, trotz ausdrücklicher Verwarnung durch seinen Meister, sich eigenmächtig für den dritten Feiertag Urlaub genommen und war deshalb gekündigt worden. Bei seinem Dienstantritt enthielt man ihm den Lohn für den zweiten Feiertag vor, weil er am dritten widerrechtlich gefehlt hatte, wozu die Firma, eine Buchdruckerei, nach dem Buchdruckertarif berechtigt war, der ausdrücklich diesen Fall in seinen Statuten vorsieht. Der Kläger wendete gegen diese Auffassung ein, daß er Buchbinder und nicht Buchdrucker sei; er mußte sich aber von dem Vorsitzenden der Kammer belehren lassen, daß in allen gewerblichen Lohnstreitigkeiten die Tarifzuständigkeit durch das Gewerbe der Majorität der Angestellten bestimmt werde. Da er als einziger Buchbinder in einer Buchdruckerei tätig war, so habe er sich in diesem Falle unter den Buchdruckertarif zu stellen. Der Kläger nahm hierauf seine Klage vorbehaltlos zurück."

Rundschau.

Die Rache der Scharfmacher. Ein nettes Stückchen vom Kampfe der Unternehmerverbände gegen Unternehmer, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen, ist wieder einmal ans Licht gekommen. Bei der vorjährigen Aussperrung im Malergewerbe einigten sich nach kurzem Kampfe die Hannoverschen Arbeitgeber mit ihren Gehilfen und hoben, die Friwolität der von ihren Führern inszenierten Maßnahmen erkennend, die Aussperrung auf. Auf dem dann folgenden Hauptverbandstage des Unternehmerverbandes und bei mehreren anderen Gelegenheiten wurde ihnen darum derart zugesetzt, daß sie es vorzogen, aus ihrer Organisation auszuscheiden.

Um sie wieder gefügig zu machen, ging man nun dieses Frühjahr aufs Ganze. Es erschienen plötzlich im „Hannoverschen Anzeiger" Annoncen folgenden Inhalts: „500 Malergehilfen erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei einem Tariflohn von 73 Pf. (ab 1. Juli 75 Pf.) in Hamburg und Umgegend durch den Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft, Hamburg, Hühnerposten."

Da in Hannover damals, Anfang Mai, selbst Gehilfenmangel herrschte und der städtische Arbeitsnachweis, der in Hannover die Arbeitsvermittelung für das Malergewerbe offiziell betreibt, die offenen Stellen nicht sämtlich besetzen konnte, war dieser nicht wenig erstaunt, wie ihm ein anderer gemeinnütziger Nachweis so in die Flanke fahren und Hannover unter dem Hinweis auf höhere Löhne und dauernde Arbeit, die es im Malergewerbe niemals gibt, von Arbeitskräften noch mehr entblößen konnte. Darum schrieb der städtische Nachweis von Hannover an die Patriotische Gesellschaft nach Hamburg und bat, in Zukunft anders zu verfahren; denn durch die erwähnten Anpreisungen würde hier eine Stadt, wo selbst noch hundert Gehilfen gebraucht würden, geschädigt. — Dieses Vorgehen löste außer einem Entschuldigungsschreiben des Nachweises der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg, eine Antwort des Arbeitgeberverbandes — Gauverwaltung Hamburg — aus, durch die sich zeigte, daß der Veranlasser der auffälligen Annonce gar nicht die Patriotische Gesellschaft, sondern eben dieser Arbeitgeberverband war.

In dem erwähnten, an den städtischen Nachweis gerichteten Schreiben hieß es:

„Es wird uns mitgeteilt, daß der verehrl. Städtische Arbeitsnachweis Anstoß daran genommen hat, daß von hier aus in Hannover Malergehilfen unter Angabe der hierorts tariflichen Löhne gesucht werden. — Wir gestatten uns, Ihnen dazu ergebenst mitzuteilen, daß hier in den verflossenen Wochen großer Mangel an Gehilfen herrschte, und da wir aus Rücksicht auf die Meister, die unserem Verbande in allen Städten Norddeutschlands angehören, nichts unternehmen, um anderweit Arbeitskräfte herbeizuziehen, blieb uns nur der Platz Hannover hierzu übrig, weil die dortigen Arbeitgeber im Malergewerbe die einzigen in Norddeutschland sind, die unserem Verbande fernstehen, und wir daher zu keiner besonderen Rücksichtnahme auf sie gezwungen sind. — Mit dem Erfolge waren wir leidlich zufrieden, und wenn nach Pfingsten die Arbeitsgelegenheit hier zurückgeht, wird's von selbst auch wieder die Abwanderung nach dort erfolgen."

In diesem Schreiben wird ganz zynisch hervorgehoben, daß der Arbeitgeberverband unter dem Deckmantel des Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft aus Rache dafür, daß die Hannoverschen Malermeister — wie viele andere — dem Arbeitgeberverband den Rücken gekehrt haben, jenen die Arbeitskräfte künstlich entzogen, also Hannover gesperrt und Hamburg zum Schaden der dortigen Gehilfen mit Arbeitskräften überschwemmt hatten. Dabei wurden die Gehilfen auch noch durch den Schwindel düpiert, daß es sich um dauernde Arbeit handele; denn der Scharfmacherverband erklärt selbst in dem erwähnten Schreiben, daß nach Pfingsten die Arbeitsgelegenheit wieder zurückgehe und somit die Abwanderung wieder erfolge.

Staatlicher Unternehmerterror. Ein am 11. Juni d. J. aus dem Betriebe der preußischen Staatseisenbahn entlassener Arbeiter erhielt auf das Verlangen, ihm ein Zeugnis über Führung und Leistung auszustellen, folgendes Zeugnis:

„Vorstand des Königlichen
Eisenbahnmaschinenamts 5.
Berlin, den 26. Juni 1914.

Führungs-Zeugnis.

Der J. H., geboren am 26. Oktober 1886 in Berlin, Kreis Berlin, ist vom 1. Oktober 1913 bis 11. Juni 1914 bei der Betriebswerkmeisterei in Berlin, Görlitzer Bahnhof, als Maschinen und Wagenputzer beschäftigt gewesen. Seine dienstliche Führung und die Leistungen waren nicht befriedigend. Die Entlassung des p. H. erfolgt, weil er sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligt hat. Verstoß gegen § 2 Abs. 3 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Staatseisenbahnverwaltung.

gez.: Königl. Eisenbahnmaschinenamt 5."

Der so gekennzeichnete Arbeiter trat am 1. September 1905 als Bahnunterhaltungsarbeiter in den Dienst der preußischen Staatseisenbahn, wurde später mehrere Jahre als Güterbodenarbeiter beschäftigt und wurde ab 1. Oktober 1913 Maschinenputzer. Er war also insgesamt und ununterbrochen 8 Jahre 9 Monate und 11 Tage im Dienste der Königl. preußischen Staatseisenbahn und nach dieser langen Dienstzeit scheut ein Organ dieses Musterbetriebes nicht davor zurück, dem Arbeiter in das Entlassungszeugnis zu schreiben: „seine dienstliche Führung und die Leistungen waren nicht befriedigend". Wohl, das Führungszeugnis ist nur für die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 11. Juni 1914 ausgestellt. Aber weshalb wird dem Arbeiter nicht für die gesamte Dienstzeit die Führung und Leistung attestiert! Dann wäre es allerdings unmöglich, diese als nicht befriedigend zu bezeichnen, denn kein vernünftiger Mensch würde glauben, daß ein solches Zeugnis der Wahrheit entspräche. Ein Arbeiter, dessen Führung und Leistung unbefriedigend ist, wird weder in einem privaten Betriebe noch bei der preußischen Staatseisenbahn 8–9 Jahre beschäftigt.

Der Arbeiter H. wurde deshalb entlassen, weil er sich an ordnungsfeindlichen Bestrebungen beteiligt haben soll. Das Verbrechen bestand darin, daß er einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte und seine Kollegen zum Beitritt aufforderte. Einer der Aufgeforderten wurde zum Verräter. Weil H. von seinem Rechte Gebrauch machte, deshalb entzog ihm der Staat Arbeit und Verdienst und damit nicht genug, darf er sich auch noch das „Recht" herausnehmen, den Entlassenen zu brandmarken. Unter ständen die Arbeiter der Gewerbeordnung, dann wären solche Zeugnisse bald unmöglich. So aber muß der Arbeiter das Unrecht über sich ergehen lassen, denn die ordentlichen Gerichte haben bisher in ähnlichen Fällen stets versagt. Dafür leben wir auch in einem Rechtsstaat.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Ortsverwaltungen, die noch mit den Abrechnungen ausstehen, werden dringend ersucht, dieselben bald einzusenden.

Bis Montag, den 3. August, ist die graue Karte über die Arbeitslosigkeit vom 25. Juli einzusenden.

Die Tarifverträge, welche in diesem Jahr abgeschlossen wurden, sind in drei gleichlautenden Exemplaren an die Hauptverwaltung einzureichen.

Der Vorstand.

Sterbetafel.

Brandenburg a. H. Am 16. Juli verstarb unsere Kollegin Emma Bahl im Alter von 35 Jahren an Nierenleiden.

Dresden. Heinrich Löffler, 28 Jahre alt, Schwindsucht.

Eisenach. Karl Eichenauer, 19 Jahre alt, Lungenbluten.

Nürnberg. Hans Sauerstein, 26 Jahre alt, Herzlähmung.

Offenbach a. M. Am 14. Juli verstarb unser Mitglied, der Portefeuiller Gottfried Strobel, im Alter von 22 Jahren an Nierenwassersucht.

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten der Redaktion.

B. Wird in nächster Nummer veröffentlicht. Brief kostete 20 Pf. Strafporto. Gruß H. W.

Versammlungskalender.

Berlin: Treibriemenbranche. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, in Schulz Prachtsälen, Münzstr. 17, Eingang Königsgraben.

Braunschweig. Dienstag, den 28. Juli, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus".

Breslau. Sonnabend, den 1. August, abends ½9 Uhr, „Gewerkschaftshaus".

Coburg. Sonnabend, den 1. August, abends 8 Uhr, „Neue Welt".

Cöthen. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr.

Düsseldorf. Sonnabend, den 1. August, abends 9 Uhr, „Bergischer Hof".

Erfurt. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, bei Seidel, Johannisstraße.

Frankfurt a. M. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, kleiner Saal B, „Gewerkschaftshaus".

Hannover. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus".

Heilbronn. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, „Schwäbische Bierhalle".

Jena. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus".

Kl.-Auheim. Sonnabend, den 1. August, abends 9 Uhr, „Deutscher Kaiser".

Mainz. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, „Arbeiterheim".

Magdeburg. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, bei Kleine.

Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, „Kaiser Wilhelm".

Mülheim a. d. Ruhr. Dienstag, den 28. Juli, abends 8½ Uhr.

Remscheid. Sonnabend, den 1. August, abends 8½ Uhr, „Volkshaus".

Solingen. Sonntag, den 26. Juli, abends 10½ Uhr, „Gewerkschaftshaus".

Zwickau i. Sa. Sonnabend, den 1. August, abends ½9 Uhr, „Goldener Becher".

ANZEIGEN

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuiller und Berufsgenossen Deutschlands, E. G.
(früher E. H. Nr. 64) zu Berlin.

Quartalsversammlungen.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Neuwahl des Vorstandes.

Magdeburg. Sonnabend, den 1. August, abends 8 Uhr, Restaurant „Neue Welt", Faßlochberg 9.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.
Klein. Versicherungsverein a. Gegenseitigkeit. Ersatzkasse. Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Offenbach a. M.
Dienstag, den 28. Juli 1914, abends ½9 Uhr
in der Restauration **„Goldener Löwe", Wilhelmsplatz.**

Hauptversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahl der Ortsverwaltung.
3. Kassenangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Offenbach a. M.
Sonntag, den 26. Juli 1914
in dem prächtigen, schattigen Garten des hiesigen
Gewerkschaftshauses

Gr. Sommer-Fest

mit **Konzert, Gesang, Tombola, Schießstand, Kinderspielen u. Tanz.**

Für angenehme Unterhaltung ist also reichlich gesorgt und ersuchen wir unsere Kollegen nebst ihren Familienangehörigen, das Fest recht zahlreich zu besuchen.

Anfang 4 Uhr nachmittags.

Die Ortsverwaltung.

Zwei Militärsattler
auf Tornister werden gesucht.
Obermeister
der Sattler- und Tapezierer-Innung Eisleben:
Breitschuh.

Klomke's Städtebuch.
Vermehrte und verbesserte Ausgabe. Reiseführer durch Deutschland und angr. Länder mit Eisenbahn- und Wegekarte, 396 Seiten geb. 1,50 Mk. In allen Buchhandlungen zu haben oder gegen Einsendung von 1,70 Mk. bei **G. Klomke's Verlag, Bielefeld.**

Werkzeuge für Sattler und Portefeuiller
liefert in bester Qualität
Georg Ditter, Offenbach a. M.,
Kleiner Biergrund 5.
Telephon 1514. Preisliste gratis.
Empfehle besonders meine **Sicherheitsdrückzange D. R. G. M.** Ein Ausreißen des Stoffes aus dem Rahmen **ohne geleimt** unmöglich.
Zu jeder Tageszeit wird geschliffen.
Schärfsteine in jeder Größe zu billigsten Preisen.

Die **besten Werkzeuge** für Sattler, Portefeuiller und Tapezierer liefert als **Spezialität**
Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Erfahrener Sattler
für **Fuß- und andere Ballarten** gesucht. Akkordlöhne laut Tarif. Meldungen mit Zeugnisabschriften erbeten. Verheiratete bevorzugt.
Spezialfabrik f. Sport- und Turnspielgeräte
J. Hochstein, Herdecke a. Ruhr.

Teilzahlung
Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstech., Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Koffer usw.
Kataloge gratis und franko
Jonass & Co. BERLIN A 480 Belle-Alliance-Str. 3

Karl Eichhoff, Berlin SO. 16, Neanderstr. 18
Spezial-Geschäft
für Sattler und Portefeuiller
empfiehlt seine Spezialartikel:
Kleisterstärke, Buchbinder- und Lederleime, Lacke, Anilinfarben, Fischleim, Wienerpapp usw.

Staatlich-Städtische Große Meisterkurse, Frankfurt a. M., Moltke-Allee 23.
Am **17. August** beginnt ein neuer
Kursus für Tapezierer.
Dauer 8 Wochen. Zeichnen, praktischer und theoretischer Unterricht. Neuzeitlich eingerichtete Werkstätten. Bericht, Lehrpläne und Anmeldeformulare durch
Gewerbeschuldirektor Back, Leiter der Meisterkurse.

Verantw. Redakt.: H. Weinschild, Berlin. Verlag: Peter Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.